Nr. 276 | Halle a. S., Dienstag den 27. November 1906. | 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Hamburger Polizei vor Gericht.

Eine Woche lang hat sich das Hamburger Gericht in der Klage gegen Fräulein Dr. Anita Augspurg mit dem Verhalten der dortigen Polizei am „roten Mittwoch" befassen müssen. Das Gericht ist zur Verurteilung der Beschuldigten zu 200 Mark Strafe gelangt; aber in höherem Maße noch als in gar manchem ähnlichen Prozesse ist der wirklich Verurteilte die Hamburger Polizei gewesen, deren Verhalten bei den Straßenszenen in einzelnen Fällen selbst vom Staatsanwalt und den Richtern desavouiert werden mußte.

Die Klage gegen Fräulein Augspurg gründete sich auf Ausdrücke, die sie in einer Rede gebraucht haben sollte und auf einen Artikel, in dem sie die Vorgänge besprochen hatte. Fräulein Augspurg bestritt, die von der Polizei ihr in den Mund gelegten Ausdrücke gebraucht zu haben. Sie wies darauf hin, daß sie, wenn sie die ihr gar nicht liegenden Schimpfwörter angewendet hätte, sicherlich dabei den bayrischen Dialekt gebraucht haben würde. Zwei Zeuginnen bestätigten zwar, daß die Rednerin die inkrimierten Ausdrücke nicht in den Mund genommen habe. Es traten aber Polizeibeamte auf, die unter Eid bezeugten, die Schimpfwörter seien gefallen. Und das Gericht glaubte den Polizeibeamten. Der Vorsitzende erklärte bei dieser Gelegenheit: „Es ist nicht richtig und bei Gericht niemals vorgekommen, daß die Aussagen von Schutzleuten gegenüber denen von Zivilpersonen als Aussagen erster Klasse betrachtet worden sind." Es ist nötig, ausdrücklich zu konstatieren, daß der Vorsitzende das nicht als Scherz sondern im vollen Ernste gesagt hat.

Der unter Klage gestellte Artikel hatte die Ueberschrift geführt: Untaten der Polizei. Schon diese Ueberschrift wurde als ehrenkränkend bezeichnet. Und die Frage, ob Fräulein Augspurg berechtigt gewesen sei, den § 193 in Anspruch zu nehmen, wurde vom Gericht verneint. Es könne, so hieß es in der Urteilsbegründung, dem Publikum und einer sich im politischen Leben betätigenden Schriftstellerin nicht das Recht eingeräumt werden, wenn Mißstände hervortreten, sich der Presse zu bedienen. Die für Beschwerden zuständige Stelle sei die vorgesetzte Behörde. Der Polizei gebühre der Dank, daß sie mit eiserner Hand zugegriffen habe. Nicht zu verkennen sei, daß einzelne Beamte übers Ziel hinausgegangen sind, aber es sei auch zu bedenken, daß die Gefahr groß war. Wenn einzelne Beamte sich mehr herausgenommen haben als ihnen zukam, so sei das zu bedauern, aber erklärlich.

Punktum! Ob dieses Urteil in Hamburg oder in Nürnberg, in Königsberg oder in Halle gesprochen worden ist, ob es sich um größere oder geringere Ausschreitungen der Polizeiorgane gehandelt hat, ob sie mehr oder weniger Anlaß hatten zum Dreinschlagen mit Fäusten und Säbeln, ist wirklich gleichgültig und nebensächlich geworden. Sobald das Verhalten der Polizei in der Presse gerüffelt worden ist, wird der deshalb Angeklagte überall ungefähr dieselben Worte vom Richtertische aus zu hören bekommen: Erstens dürfe er nicht den Schutz des § 193, die Wahrnehmung berechtigter Interessen, in Anspruch nehmen, und zweitens habe die Polizei sich durch ihr Einschreiten den Dank verdient, wenn auch zugegeben werden müsse, daß einzelne Beamte ihre Befugnisse überschritten haben.

Ueberall dieselbe Leier. Auch daß das Zeugnis von Polizisten über das von Zivilpersonen gestellt wird, fällt nicht mehr auf. Viel eher fällt auf, daß ein Gericht behauptet, es sei dies noch nie bei Gericht vorgekommen. Was so alltäglich geworden ist, daß sich kaum noch ein Mensch darüber aufregt, tut das Hamburger Gericht mit einer leichten Handbewegung ab. „Es ist noch nie vorgekommen." Im Namen der Republik Hamburg ist das verkündet worden, und die muß es wissen, was anderwärts im Namen eines Königs, Großherzogs, Herzogs oder Fürsten geschehen ist und alle Tage noch geschieht. Der Vorwärts glossiert das klassische Dementi des Hamburger Richters wie folgt:

Die Aussage des Schutzmannes entscheidet. Das Zeugnis des Bürgers gilt nur, wenn es mit dem des Schutzmannes übereinstimmt. Der Bürger kann sich freuen, daß ihm noch der gute Glaube zugebilligt wird. Er ist nicht fähig objektiv zu beobachten. Das kann nur der Schutzmann. Das Zeugnis des Bürgers ist wertlos, weil er erregt war — des Schutzmanns Erkenntnisvermögen ist nicht durch Erregung getrübt.

Es waren erregte Nachtstunden, in denen sich die Polizeischlacht zu Ehren des Wahlrechtsraubes abspielte. Die Zuschauer und die Opfer der Polizeitaten waren sicherlich erregt, aber nicht auch die Schutzleute? In der Urteilsbegründung steht davon kein Wort! Von den Zivilzeugen heißt es, daß sie nicht zu erkennen vermögen „wie weit die von ihnen bekundeten Vorfälle im Rahmen des Ganzen liegen". Aber die Schutzleute, die auf friedliche Passanten in blinder Wut einhieben, die selbst ihre eigenen Bekannten nicht schonten, die haben immer gewußt, „wie weit die Vorfälle im Rahmen des Ganzen lagen". Das heißt, sie haben immer gewußt, daß sie eine Schlacht gegen „Aufrührer" lieferten und daß, wenn sie Unschuldige verhauten, sie doch eine berechtigte Wut über andere auszulassen hatten, die sie vorher mit Steinwürfen und Schimpfworten bedacht hatten. Sie haben immer den Blick aufs Ganze gerichtet, die Wackeren in der Pickelhaube.

Ihr Zeugnis wird nicht beeinträchtigt durch ihre Erregung, die ja auch die Hamburger Richter wohl bei näherem Ueberlegen nicht bestreiten würden. Denn diese Erregung war eine pflichtgemäße Erregung, eine amtliche Erregung, die noch eine höhere Weihe erhielt durch den Umstand, daß sie im Dienste der Verteidigung heiligsten Gutes, des Rechts auf Wahlrechtsraub stand.

Die Schutzleute sind nebenbei freilich auch Partei; aber das macht nichts aus. Sie sind die Ordnungshüter und die Bürger, die sich über sie beklagen, sind Nörgler und Ordnungsfeinde. Sela!

Und deshalb muß die Polizei geschützt werden vor öffentlicher Kritik. Kein Bürger, sagt das Hamburger Urteil, hat das Recht, Mißstände in der Presse zu rügen. Niemals kann ihm zugebilligt werden, daß er dabei in Wahrung berechtigter Interessen handele, wenn er glaubt, sich beschweren zu müssen, so wende er sich an die „zuständige Behörde".

Das sagen die Hamburger Richter nach einem Prozeß, in dem die Methode, nach der die zuständige Behörde Beschwerden der Bürger behandelt, eben frisch vor aller Oeffentlichkeit bloßgelegt wurde. „Auf diese Weise kann wohl kaum etwas herauskommen", rief der Verteidiger, als er hörte, daß der Polizeimajor Diestfeld auf die Beschwerde des mißhandelten Kaufmanns Lavy hin, sämtlichen Beamten die Frage vorgelegt hat, wer sich erinnere, daß ein junger Mann mißhandelt worden sei. Sämtliche Beamte sind befragt worden! Man bewundere die Gewissenhaftigkeit! Und wenn sämtliche Beamten nichts wußten, da wäre es doch nur unnötige Belästigung gewesen, den Herrn Lavy noch zur Polizei zu bemühen, damit er die Täter selbst heraussuche. Die negative Aussage der „sämmtlichen Beamten" erwies ja doch schon, daß er gar nicht mißhandelt worden ist, daß er in der Erregung „das Erlebte nicht von dem Bilde seiner Phantasie zu trennen vermochte", daß er nicht zu erkennen vermochte, „wie weit die von ihm behaupteten Vorfälle im Rahmen des Ganzen lagen", um mit den Hamburger Richtern zu reden.

In Anbetracht der Gewissenhaftigkeit, die die Polizei bei der Behandlung der Beschwerde des Herrn Lavy bewiesen hat, zeigt es freilich von sträflichem Leichtsinn und freventlicher Nörgelsucht, wenn der Bürger mit einer Beschwerde über die Polizei an die Presse geht. Die öffentliche Meinung darf nicht aufgeregt werden gegen die Obrigkeit, die das Schwert trägt. Die Presse ist nicht dazu da, dem gedrückten Herzen des Bürgers Luft zu machen. Die Zeitungsschreiber haben kein Recht, Behörden zu kontrollieren, die in sich selbst Mittel genug besitzen, um unwürdige Glieder zur Ordnung zu bringen oder abzustoßen. Die Presse melde Ordensverleihungen und Droschkengaulstürze und preise allenfalls die erhabene Politik der Machthaber und das vorbildliche Familienleben des Landesvaters. Dazu ist sie da.

Der Bürger aber hüte sich, wenn die Polizei am Aufräumen ist und gehe ihr aus dem Wege. Wo Holz gehauen wird, da fallen Späne, und wo die Polizei aufräumt, da setzt es Hiebe. Für Gerechte und Ungerechte. Ueber alle wird unparteiisch der Säbel geschwungen. Wenn Herr Lavy jr. nicht so neugierig gewesen wäre, sondern wie sein braver Vater, das gutgesinnte Bürgerichaftsmitglied, zu Hause geblieben wäre, dann hätte ihm nichts passieren können. Das ist nicht zu bestreiten. Wenn nun aber ein friedlicher Bürger durch die

---

(Nachdruck verboten.)

22]

Der Holzhändler.

Roman von Max Kretzer.

„Richtig, richtig. Ich entsinne mich — es handelte sich um den neuen Hieb auf Lurfelde," bemerkte Dulters.

„Sie sind doch zufrieden damit?" gab Lux zurück.

„Ich kann nicht klagen, Herr Graf. Es ist gutes Kernholz. Das kann man ja immer erst sehen, wenn die Stämme gebeilt*) sind. Und da muß ich sagen, es ist Saft und Kraft drin."

Während er das sagte, prüfte und schrieb er ruhig weiter.

„Mit einem Rebbes von fünfzig Prozent dürfen Sie wohl rechnen können," sagte nun der Graf mit brutaler Offenheit, während er den langen Renommiernagel des kleinen Fingers unauffällig mit seiner Etuifeile bearbeitete.

„Hundert, hundert, Herr Graf," warf Dulters mit gelassenem Spott ein. „Bei fünfzig Prozent würde ich schlecht auf die Kosten kommen."

„Das hatte ich mir gleich gedacht," sagte der Graf mit einer boshaften Anwandlung. Diese Feststellung hielt er für so wichtig, daß er sie mit einer Handbewegung begleitete und das Monokel dem Auge zuführte.

„Was man an dem einen zusetzt, muß man aus dem andern wieder herausschinden," sagte Dulters trocken. „Wie sollten sich auch sonst wohl die großen Darlehne, die man gibt, verzinsen. Ich habe in den letzten zwei Jahren rund hundertundfünfzigtausend Mark Verluste gehabt. In Swynsko gab's vorigen Sommer einen großen Waldbrand. Es sollte vollständiger Abtrieb stattfinden. Die schönen Buchen tun mir heut' noch leid. . . . Na, und meinen Prozeß mit dem Grafen Zielinsky kennen Sie ja auch. Ein Teil des Holzes war schon geschlagen, mußte aber den ganzen Sommer liegen bleiben, weil ein Hypothekengläubiger dieses Ehrenmannes gegen den weiteren Einschlag protestierte und mir eine schleunige Verfügung aufbrummte. Was nützte es mir, daß ich den Prozeß gewann. Der Borkkäfer hatte mittlerweile gehörig gebohrt und das ganze Holz krank gemacht, wie man zu sagen pflegt. Ich mußte in den sauren Apfel beißen."

„Konnten Sie ihn denn für den Schaden nicht haftbar machen?"

Dulters lachte kurz auf. „Da ist nicht mehr viel zu holen, mein werter Herr Graf. Wie wo anders manchmal auch nicht. Da spart man lieber die Rechtsanwaltskosten."

Sie waren wieder allein und konnten ungeniert reden. Graf Lux hüllte sich eine Weile in Schweigen, unangenehm berührt durch das „wie wo anders". Am Ende glaubte dieser Protz, daß bei ihm, dem Besitzer von Lurfelde und von Ostendorf, auch nichts mehr zu holen sei. Dann hätte er sich aber doch wirklich geirrt. Am liebsten hätte er ihm das sagen mögen, aber nach Kavalierart mußte man manche Dinge überhören, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

Sie wurden abermals gestört. Diesmal war es Herrmann, Dulters' Prokurist, ein eleganter Herr, noch in den besten Jahren, der hereintrat und durchaus dringend mit seinem Chef zu sprechen hatte. Er begrüßte den Grafen mit einer tiefen Verneigung, während Dulters ihn mit einem kräftigen Händedruck empfing. Lux trat diskret in die äußerste Ecke am Fenster, Dulters jedoch bat um Entschuldigung auf einige Minuten und zog sich mit seinem Prokuristen in das Vorzimmer zurück, das als Warte- und Anmelderaum diente und in dem in der Mitte ein langer Tisch mit grünem Bezug, umringt von Stühlen, stand, und am Fenster ein Doppelpult sich befand, das aber jetzt nicht benutzt wurde. Es sah fast feierlich wie in einem Beratungszimmer aus. Und in der Tat ging es manchmal hier sehr lebhaft zu, wenn Händler aus dem Osten kamen, oder Pläne vorgelegt und Anschläge besprochen wurden. Dann war Dulters Privat-Kabinett sein Heiligtum, über dessen Schwelle nicht jeder kommen durfte.

„Lassen Sie mir doch schleunigst einen kleinen Auszug aus dem Konto des Herrn Grafen machen," sagte Dulters zu Herrmann, als sie ihre Vertraulichkeiten erledigt hatten.

Der Prokurist nickte und erlaubte sich dann die Bemerkung, daß der Herr Graf wohl wieder etwas entrieren wolle.

„Es scheint so," gab Dulters zurück.

„Werden Sie wieder in Lurfelde schlagen?"

„Nein, nein, ich habe mich bereits im Herbst genügend orientiert," wehrte der Holzhändler ab.

Als Dulters zurückkehrte, stand Lux vor der Wand neben dem Fenster und betrachtete aufmerksam eine Lithographie unter Glas und Rahmen, die Dulters erst vor kurzem aus seiner Wohnung nach hier hatte bringen lassen.

„Was stellt denn das vor?" fragte der Graf.

„Mein Elternhaus, in dem ich geboren wurde. Eine Besitzung im Großherzogtum Posen."

„Ich denke, Sie sind in Livland geboren?" kam es dem Grafen fast unbewußt über die Lippen.

Dulters, der wieder an seinem Schreibtisch Platz genommen hatte, blickte verblüfft auf. Ein Gefühl des Schreckens durchfuhr seine Glieder. Als er dann aber sah, wie der Graf mit der beschaulichen Ruhe eines Neugierigen die Musterung fortsetzte, bezwang er sich sofort und erwiderte: „Nein, nein, da sind Sie falsch unterrichtet. Ich sagte Ihnen ja schon im Wagen, daß ich nur Freunde da oben hätte."

„Richtig, richtig. Entschuldigen Sie, bitte, meine Zerstreuung . . ."

„Aber bitte, Herr Graf." Trotzdem richtete Dulters einen mißtrauischen Blick auf Lux. Er empfand jenes unangenehme Gefühl, das den Menschen plötzlich in Gegenwart eines andern überkommt, dessen Neugierde ihm rätselhaft erscheint. „Aber laß ihn nur fragen," dachte er sofort, „es gibt ja Leute, die sich am liebsten um ungelegte Eier bekümmern."

„Eine schöne Besitzung, wie es scheint," fuhr der Graf immer noch unverwandten Blickes fort, indem er seine innere Bewegung sorgsam unterdrückte.

„Das ist sie auch," gab Dulters kurz zurück.

„Wie es scheint, ein Gemisch von altem und neuem?"

„Ja, Herr Graf. Der turmartige Anbau stammt von mir. Links, wo das geöffnete Fenster ist, wurde ich geboren, und rechts, wo beide Fenster offen stehen, kam meine Otti zur Welt."

Er drängte mit Gewalt den Seufzer zurück, der sich den Weg über seine Lippen suchte.

„Ach was. Da also erblickte Otti das Licht der Welt. Das interessiert mich außerordentlich."

„Das kann ich mir denken," war Dulters Gedanke. „Aber dein Interesse wird stark erblassen, wenn du erst die große Neuigkeit erfährst."

Lux schwieg eine Weile, das Gesicht immer noch dem Glas zugewendet. Er kannte diesen Turm mit dem weit vorgebauten Balkon ganz genau, ebenso die beiden offenstehenden Fenster. Damals in jener weißen Nacht stand nur das eine offen, durch das Olga ihn hatte hinausschlüpfen lassen, während sie durch die Tür das Haus verlassen hatte. Sofort stand ihm alles wieder greifbar deutlich vor Augen. Vom Walde aus hatte er das Haus im Mondschein liegen sehen und sich dabei in dem berauschenden Gedanken gewiegt, es noch recht oft betreten zu können. Denn es war zwischen Olga und ihm verabredet worden, daß er sich unter irgend einem Vorwande ihrem Manne nähern solle, um dann anstandslos bei ihm ein- und auszugehen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Viereckig gehauen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0001

Straßen, wo die eifrige Polizei am Aufräumen ist, seiner Wohnung zustreben muß? Der Fall ist nicht vorgesehen in den klugen Räsonnements, mit denen Staatsanwalt und Polizeimajor den Fall Lavy kommentierten. Und ebenso vergeblich sucht der Laie in diesen Kommentaren nach einem zugänglichen Grunde zum „Aufräumen", wenn keine Menschenmassen sondern nur einzelne Passanten auf der Straße sind. So daß der Laie in die Versuchung kommt, die Art des „Aufräumens", wie sie dieser Prozeß gezeigt hat, für völlig unsinnig und zwecklos zu halten.

Aber das Urteil wird ihn eines Besseren belehren. Die vereinzelten Passanten, die friedlichen Männer und Frauen, an denen die Schutzleute ihren Tatendrang ausgelassen haben, müssen „im Rahmen des Ganzen" betrachtet werden. Sie sind auch Teile, freilich abgesplitterte und harmlose, aber eben auch Teile der Menschenmengen, die die Polizisten zerstreuen mußten und aus denen ihnen Steinwürfe geantwortet haben. Von diesen vereinzelten Passanten hatten allerdings die Schutzleute nichts zu befürchten, aber da sie „im Rahmen des Ganzen" zu betrachten waren, so ist klar, daß sie auch mit „aufgeräumt" werden mußten. Und das „Aufräumen" war eine für Hamburgs Sicherheit hochnotwendige Sache. „Der Landfrieden in der Stadt war durchbrochen und es bestand offener Aufruhr", sagt das Urteil, und diese Gefahr zu beseitigen, mußten eben auch harmlose Passanten, die nichts von Landfriedensbrechern an sich hatten, mit dem Säbel traktiert werden.

Das Gericht hat das Empfinden gehabt, daß vor der öffentlichen Meinung die Polizei auf der Anklagebank saß. Und deshalb hat sie ihr einen Rechtfertigungs- und Entschuldigungszettel geschrieben. Darin stehen die aufklärenden Sätze: „Es gebührt der Polizei Dank dafür, daß sie mit eiserner Hand zugegriffen hat. Es ist nicht zu verkennen, daß einzelne Beamte über das Ziel hinausgegangen sind, aber es ist dabei auch zu bedenken, daß die Gefahr groß war. Wenn einzelne Beamte sich mehr herausgenommen haben, als ihnen zukam, so ist das zu bedauern, aber verständlich."

Hier ist der Schlüssel zu dem Urteil. Die Gefahr war groß! Und wenn der Bürger diese große Gefahr beschworen haben will, so muß er kleine Unbequemlichkeiten mit in den Kauf nehmen. Wenn er eine schneidige Polizei haben will, damit sie ihn und sein Eigentum schütze gegen die rote wahlrechtslüsterne Rotte, so darf er nicht wehkleidig tun, wenn diese schneidige Polizei im Eifer des Gefechts auch einmal einem Angehörigen der herrschenden Klasse einen Jagdhieb versetzt. Eins ist ohne das andere nun einmal nicht zu haben.

Zwei Tote stehen auf der Liste des Erfolges der Hamburger Polizei, zwei Tote, die keine Demonstranten und erst recht keine Krawaller waren. Schadet nichts. Ordnung muß sein. Die heil'ge Ordnung über alles!

Die Gefahr war groß! Das ist das Leitmotiv des Urteils. Das Gefühl der Unsicherheit der Herrschenden, das Empfinden des klaffenden Klassengegensatzes spricht daraus. Der Klassenkampf, die Verschärfung der Klassengegensätze sind die Bedingungen für Taten, wie sie die Polizei verübte, für Urteile, wie das der Hamburger Richter. Der Klassenstaat braucht eine solche Polizei und wird sie sentimentaler Bedenken wegen nicht aufgeben. Wenn Fräulein Dr. Anita Augspurg als freisinnige Volksparteilerin nicht eingezwängt wäre in die ideologische Denkweise des Bürgertums, wenn ihr die Befangenheit ihrer Klasse nicht das Eindringen in die tieferen Gründe der gesellschaftlichen Erscheinungen verwehrte, an ihrem Prozeß könnte sie lernen, daß die deutsche Polizei und Justiz, wie sie sind, legitime Sprößlinge des Klassenstaates sind und daß der Erzeuger seine eigene Nachkommenschaft nicht verleugnen, nicht umbringen wird. Man muß den Klassenstaat vernichten, wenn man seine Brut ausrotten will.

Bei der Wesenheit des deutschen Freisinns und der bürgerlich-radikalen Frauenbewegung ist freilich eher anzunehmen, daß die Verurteilte und ihre Gesinnungsgenossen sich des verhältnismäßig gelinden Urteils — an deutschen Zuständen gemessen — freuen und sich von dem Prozeß eine günstige Einwirkung auf die Polizei versprechen. Anstatt zu sehen, daß die Urteils-Begründung der Polizei einen Freibrief ausstellt für neue Taten, die denen des „roten Mittwoch" nicht nachstehen.

Die Taten der Hamburger Polizei und ihre Billigung durch die Herrschenden erklären sich aus der Wut über den wuchtigen Protest der Hamburger Arbeiterschaft gegen Wahlrechtsraub und Klassenregiment. Aus der Angst vor der Arbeiterbewegung. Diese Gesellschaft voller Verwirrung aller menschlichen Beziehungen, diese Gesellschaft der gesetzlichen Unordnung braucht die „heil'ge Ordnung", die Polizei und Justiz bewachen; die sie aber auf die Dauer doch nicht zu schützen vermögen vor dem Ansturm der Arbeiterklasse, aus dem der Wahlrechtskampf des hamburgischen Proletariats nur ein Moment ist.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 26. November 1906.

Aus dem Reichstage.

Unverstand und heimlich-kleinliche Bosheit haben den Gesetzentwurf über die Rechtlosmachung der Gewerkschaften erzeugt. Legten hat dem Monstrum am Freitage so hart zugesetzt, daß nur noch ganz harmlose Parlamentarier für ihn eine Lanze zu brechen sich getrauen. Die Konservativen schickten am Sonnabend eins ihrer wenigen bürgerlichen Mitglieder vor, Herrn Schickert. Die Junker lieben es, bei solchen brenzlichen Fragen einen Bürgerlichen mit der Mohrenmäsche zu beauftragen. Mit rührender Naivität freute sich Schickert wie ein Schneekönig über den Ausschluß der Landarbeiter und der Eisenbahner von Erlangung der Reichsfähigkeit. Junkerlicher hätte kein Junker mit sechzehn Ahnen sprechen können als der Nichtjunker Schickert, dem der Reichsparteiler Bockelmann von den Freikonservativen — wiederum ein Nichtadliger in einer stark mit adligen Namen durchsetzten Partei — zur Seite trat. Bockelmann ist übrigens derselbe, der die Aufhebung der Zweipfennig-Postkarte beantragt hat; ein andrer mochte sich dazu nicht hergeben.

Recht gut sprach Bassermann. Neben Lieber, Lenzmann und Rösicke war er vor 7½ Jahren einer der fünf Bürgerlichen, die durch kräftige Reden das Zuchthausgesetz mit zu Falle brachten. Die drei Genannten sind inzwischen gestorben, und Bassermann hat inzwischen durch seine Geburtshilfe beim Wuchertarif und seine Liebediennerei gegen das Zentrum den damals errungenen sozialpolitischen Lorbeerkranz arg entblättert. Auch am Sonnabend entnahm er die besten Gedanken seiner Rede den Ausführungen Legiens. Aber daß er erklärte, als Rechtsanwalt werde er jedem Berufsverein abraten, sich eintragen zu lassen, war schon eine nationalliberal Tat, die ihm anzurechnen ist.

Dann kam Graf Posadowsky. Er wollte die Gefahren nicht sehen, die der Entwurf birgt. Die deutschen Behörden und Richter seien über den Verdacht erhaben, parteisch zu handeln. Landarbeiter und Eisenbahner dürften unter keinen Umständen streiken. Daß der Staat die ihm treuen Arbeiter begünstige, sei doch selbstverständlich. Er hoffe, auf diese Weise den Arbeiter seinem nebelhaften Ziegen nach einem Zukunftsstaate zu entfremden. Wenn es keine Unternehmer gäbe, gäbe es auch keine Arbeit. Und auf das schallende Gelächter der Sozialdemokraten bei diesen Worten: „Ich weiß nicht, was da Ihre Heiterkeit erregt." — Nicht eine blasse Spur von sozialem Verständnis. Und dabei ist Posadowsky noch der sozial anständigste unter den Ministern und Staatssekretären. — Eine volle Stunde lang sprach und philosophierte Posadowsky, ohne auf manche wichtige Frage einzugehen. Dazu sei besser Gelegenheit in der Kommission. — Zuletzt sprach Mugdan für die Freisinnigen gegen der Entwurf. Wie Bassermann erwartet er von der Kommissionsberatung viel. Wir nicht.

Heute, Montag, wird die erste Beratung fortgesetzt. Die Verweisung an eine Kommission ist sicher. Die Arbeiterklasse wird ihr Gewehr im Anschlag halten und abwarten, was aus der Kommission herauskommt.

Der gesetzlich reglementierte Gesinnungsnachweis.

Man kann dem bisherigen Verlaufe der reichstäglichen Debatte über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine das Verdienst nicht absprechen, daß er in eine schwierige und verworrene Materie große Klarheit gebracht und die Absichten der Freunde des Entwurfes selbst deutlich enthüllt hat. „Es kann nicht die Absicht der Regierung sein, ein Gesetz zu schaffen, welches unter der Form der Berufsvereine die politische Tätigkeit gestattet." Neben Schulenburgs Wort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" und Westphalens „beschränktem Untertanenverstand" mag dieser Spruch des Grafen Posadowsky in die ehernen Tafeln preußischer Staatsministerweisheit eingegraben werden. Dieser eine Satz, dessen Beweiskraft durch zahlreiche ähnliche Wendungen gestützt wird, enthüllt ein ganzes Programm und beweist aufs schlagendste die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik, die in diesem Gnadengeschenk königlich preußischer Sozialpolitik nichts anderes erblickt, als einen so plumpen wie unverfrorenen Versuch, die Arbeiterbewegung unter die örtliche Polizeigewalt zu stellen.

Die Rechtsfähigkeit soll der Lohn sein für politische Gesinnungslosigkeit, Entziehung oder Verweigerung der Rechtsfähigkeit die Strafe für politische Gesinnung. Freilich: nur die oben als mißliebig empfundene Tätigkeit ist „politische Tätigkeit im Sinne des Gesetzes", jede andere ist nicht politisch. Das ist ein wahrer Polizeiwitz, den Stolypin von Hinckeldey lernte und Posadowsky wieder von Stolypin.

Was ist „politische Tätigkeit"? Etwas streng Verbotenes, mit Karre und Festung Bestraftes war sie in der guten alten Zeit vor 1848. Heute ist sie erlaubt, aber gewissermaßen nur unter Giftverschluß. Man „regelt" sie mit Gesetzen und Verordnungen, und möchte sie am liebsten polizeilich reglementieren und kontrollieren wie die Prostitution. Aus diesem Geiste entsprungt der preußisch-deutsche Glaubenssatz, daß den Berufsvereinen „die politische Tätigkeit nicht zu gestatten sei". In Frankreich, England, Amerika, so ziemlich in allen Ländern der zivilisierten Welt bilden die Berufsvereine der Arbeiter politische Korporationen von großer, mitunter schon von ausschlaggebender Bedeutung; man würde drüben einen Polizeibeamten für ganz offenbar toll halten, der sich dreimmischen wollte, wenn diese oder jene Gewerkschaft zu dieser oder jener politischen Frage oder Partei ihre Stellung öffentlich bekennen wollte. Graf Posadowsky aber, der zeitweilig den Kitzel in sich fühlte, den preußischen John Burns oder Millerand zu spielen, erinnert sich zur rechten Zeit wieder, daß er nichts weiter als ein ostelbischer Oberpräsident ist, der die Dogmen zu respektieren hat.

Wo ist heute der Berufsverein, der ernstlich behaupten kann, er kümmere sich nicht um Politik und habe mit ihr nichts zu schaffen? Wo sitzt der Mann mit dem feingespitzten Bleistift, der die Grenze zwischen der „Wahrnehmung von Berufsinteressen" und der „politischen Tätigkeit" zieht? Natürlich in der Amtsstube, oder in der Uniform eines Gendarmen, am Tisch des „Ueberwachenden" in der Arbeiterversammlung! Wie entscheidet seine Weisheit? Beispielsweise ist doch die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eine politische Frage von grundsätzlicher Bedeutung, und indem wir den Gesetzentwurf sowie seine Verteidiger kritisieren, machen wir uns zweifellos einer „politischen Betätigung" — schuldig! Ein Berufsverein, der den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine prüft, beurteilt und am Ende gar verurteilt, der der Regierung und den Parteien, die diesen Entwurf decken, Vorhaltungen macht, betätigt sich zweifellos „politisch". Da er sich aber „politisch betätigt", verliert er die Gnade und hört auf „rechtsfähig" zu sein. So beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz.

Mit dem Grafen Posadowsky zu diskutieren, hat allerdings jeden Reiz verloren, seitdem sich dieser exzellente Sozialphilosoph zu dem Ausspruch verstieg: „Wenn es keine Unternehmer gäbe, so gäbe es keine Arbeit." Aber es handelt sich nicht um den Grafen Posadowsky sondern um ein System, ein System, das gerade in dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in augenfällige Erscheinung tritt, das System der Ueberwachung, Bevormundung, Bespitzelung und Beschnüffelung. Der ganze Gesetzentwurf riecht nach Polizeistube!

Das scheinen auch die christlichen und freisinnigen Gewerkvereinler einzusehen, und wollten sie's nicht, so wäre es nur ihr eigener Schade. Die Berufsvereine wollen vernünftigerweise ihre Tätigkeit auf die Wahrung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder beschränken; welche Tätigkeit aber das berufliche Interesse ihrer Mitglieder von ihnen erfordert, und ob diese Tätigkeit „politisch" oder „unpolitisch" zu nennen sei, darüber mögen sie selbst und ihre Mitglieder entscheiden, nicht aber die Behörde, die, weil jede sichere Begriffsgrenze fehlt, garnicht anders als willkürlich verfahren kann. Jeder Gesinnungsnachweis ist abzulehnen. Man weiß wirklich nicht, was bei der Ausarbeitung des Entwurfs ausschlaggebender gewesen ist, die Verständnislosigkeit oder die Bosheit.

Sollen wir auf Vater und Mutter schießen?

Eine Variation dieses bekannten Themas gab Wilhelm II. in einer Rede, die er am Freitage an die Marinerekruten in Kiel hielt. Der Kaiser vertrat nunmehr den Standpunkt, daß es eine große Sünde sei, die Hand gegen die Mutter zu erheben, daß man sich aber von den himmlischen Instanzen Vergebung dafür erwerben könne, wenn man in der Schlacht den Tod fürs Vaterland sterbe. Ueber diese bemerkenswerte Rede — schade, daß dergleichen nicht vom Reichsanzeiger im Wortlaute veröffentlicht wird — berichtet die Tägliche Rundschau:

> Der Kaiser ermahnte die Marinesoldaten zu treuer Pflichterfüllung bis zum Tode, denn dem Tode fürs Vaterland folge ewiger Lohn. Der Kaiser zeigte das . . . an einem ernsten Beispiele aus dem Gefechte bei St. Privat, wo ein Todeswunder den letzten Trost des Geistlichen von sich gewiesen, weil er die Hand gegen seine eigene Mutter erhoben; ihm könne nach seinem wüsten unglaubigen Leben doch niemand mehr helfen. Der Geistliche ließ sich aber in seinem Liebeswerke nicht beirren, und es gelang ihm schließlich, in dem Sterbenden durch Tröstungen mit dem Hinweis darauf, daß der Tod fürs Vaterland manche Vergehen sühne, wieder Glauben zu erwecken und das Sterben zu erleichtern. Der Kaiser wollte durch diese Erinnerung den Rekruten die Macht des Glaubens zeigen. Er ermahnte sie, stets fromm und gläubig zu sein, weil sie nur dann den Gehorsam leicht leisten könnten, den man von ihnen fordere. Wenn der Kaiser damit etwa gesagt haben wollte, daß Unglaube die Kinder dazu verleite, Hand an ihre Eltern zu legen, so müßte es mit der Moralität der deutschen Reichsangehörigen (die der Kaiser seine Untertanen zu nennen pflegt) traurig bestellt sein, denn so stark im Glauben sind wenige von ihnen, daß sie den Schlachtentod als den sichern Schlüssel betrachteten, der ihnen das Himmelreich öffnet. Uebrigens hat die Bereitwilligkeit, unter Umständen sogar auch auf Vater und Mutter zu schießen, im Deutschen Reiche bisher keineswegs als Zeichen des Unglaubens sondern vielmehr umgekehrt als Beweis unbedingter Glaubensstärke und Gehorsamstreue gegolten. Es waren seinerzeit doch gerade ungläubige Kreise, die gegen die Auffassung, man müsse auf Befehl auch auf Vater und Mutter schießen, am lebhaftesten Verwahrung einlegten, und diese Kreise werden sich auch jetzt nicht mit der Idee einer Gottheit befreunden können, die den Elternmord durch den Völkermord reinigt. Der Geistliche von St. Privat scheint übrigens gar kein Christ sondern ein heidnisch-germanischer Priester gewesen zu sein. Die germanische Göttersage läßt die gefallenen Krieger in Walhalla mit Vater Wuotan aus großen Hörnern Met trinken — die christliche Legende berichtet nichts dergleichen.

Die „Polenschande". Die hakatistische Presse zieht alle Register, um noch vor der Verhandlung der Polenninterpellation im Reichstage ihr Publikum in die entsprechende Stimmung zu versetzen. Berliner Politische Nachrichten, Post und Täglich Rundschau erzählen ihren Lesern die blödsinnigsten Märchen von der polnischen Gefahr; sie fordern Einschränkungen des Versammlungsrechts, Zwangsenteignung der polnischen Grundbesitzer, militärische Einquartierung für Widerspenstige und was dergleichen toller Aberwitz mehr ist. Die Post bringt es sogar fertig, „die Worte eines alten Zeitgedichts" zu zitieren, die sie den toten Schöpfern des Reiches in den Mund legt:

> Was unsere Müh' euch zugewandt, verlottert und verloren!
> O alles, alles hörten wir mit seinen Geisterohren.
> Wie Wellen braust an uns heran, was sich begab im Lande —
> **Der Schwarzen und der Roten Macht, dazu die Polenschande.**

Die letzte Zeile ist echtester Ballhorn. Die andern stammen aus dem berühmten Gedicht Freiligraths „Die Toten an die Lebenden" (Juli 1848). Im Original aber lautet die Stelle im Zusammenhang:

> Wie Wellen braust an uns heran, was sich begab im Lande:
> Der Aberwitz des Dänenkriegs, die letzte Polenschande.

Im Mai 1848 hatte Wrangel seine Truppen aus Jütland zurückgezogen, weil Preußen den radikal gesinnten Schleswigern nicht gegen Dänemark helfen wollte, während zu gleicher Zeit die preußischen Truppen unter Führung des Generals Colomb ein Blutbad unter der polnischen Bevölkerung Posens veranstalteten. Das meinte der Freiheitsdichter Freiligrath mit „dem Aberwitz des Dänenkriegs, die letzte Polenschande". Freiligrath stand natürlich wie das ganze freiheitlich gesinnte Bürgertum jener Zeit auf Seite der unterdrückten Polen. Die Abberufung Colombs wurde von der erregten öffentlichen Meinung stürmisch gefordert und schließlich auch durchgesetzt. Das ist der wahre Sachverhalt. Die Post aber behält das Wort „Polenschande" bei, um den Sinn in den Widersinn zu verkehren. Es entspricht ihren ganzen sonstigen Gesinnungen, wenn sie sich nicht scheut, eine heuchlerische Phrase der Pietät für die „großen Toten" auf den Lippen, Leichenschändung an einem deutschen Dichter zu begehen.

Der vaterlandslose Nationalliberalismus. Ueber die bösen Bassermänner klagt die fromme Kreuzzeitung: „Da die Minister vom Monarchen ernannt werden, so findet man bei diesem das Haupthindernis und richtet gegen ihn direkt die Angriffe . . . in der Berechnung, daß die Parole „Gegen das absolute Regiment!" bei den Wahlen vortrefflich zu verwerten sei. Diese Parole klingt sehr liberal, aber als patriotisch können wir sie nicht gelten lassen."

Die Kreuzzeitung hat ganz recht. Hätten die Nationalliberalen es so weiter getrieben, wie in den Tagen vor der Reichstagseröffnung, so wären sie zweifellos zu „vaterlandslosen Gesellen" erklärt worden. Da aber die wunderbare Bekehrung Bassermanns durch den heiligen Bernhard zum Ereignis geworden ist, und der Nationalliberalismus in Sack und Asche Buße tut, ist es nicht hübsch von der Kreuzzeitung, an Geschichten zu erinnern, die schon drei Wochen alt sind und vergessen sein wollen. Aber daß nun auch schon dem waschlappigen Nationalliberalismus der Patriotismus abgesprochen wird, ist wert, vermerkt zu werden.

Die Dernburg-Milliarde, welche wir im Leitartikel der vorigen Nummer beleuchtet haben, ist in der Tat blutiger Schwindel. Dernburg behauptet bekanntlich, das deutsche Kapital habe bisher eine Milliarde in die Kolonien gesteckt, und er folgert daraus, daß nun auch das Reich alles aufwenden müsse, um die Milliarde nicht verloren gehen zu lassen. Das ist an sich schon ein Fehlschluß gröbster Art; denn das Gegenteil wäre logisch. Wenn man innerhalb zwanzig Jahren in ein Unternehmen so kolossale Summen gesteckt hat, und das Unternehmen rentiert immer noch nicht, gibt auch keinerlei Aussicht auf Erfolg, so müßte man eben das verfehlte Experiment abbrechen, dürfte aber nicht noch weitere Unsummen darin verpulvern. Doch Dernburg hat nicht einmal richtig gerechnet. Das Reich soll 61 Millionen an Bahnen, Gärten, Wegen, Brunnen usw. hineingesteckt haben, die Erwerbsgesellschaften 142 Millionen, die drei Reedereien (Wörmann, Lloyd und Ostafrikalinie) 65 Millionen und Einzelunternehmer 66⅔ Millionen. Rechnet man das Kapital der Missionen dazu, so ergibt sich alles in allem nur ein Kapital von 370 Millionen. Reichlich gerechnet! Das ist nur reichlich eine drittel Milliarde, keine ganze. — Dernburg soll zum künftigen Reichsschatzsekretär ausersehen sein. Das kann gut werden, wenn er solche Exempel aufmacht.

Der alte Kurs. Der jüdische Schlossergeselle Streleck war seit Jahren in einer Berliner Kronleuchterfabrik beschäftigt. Er hat sich nicht das mindeste zuschulden kommen lassen, sich politisch völlig neutral verhalten, ist sogar den Werkstellenversammlungen ferngeblieben, wollte sich auch naturalisieren lassen, ist aber trotzdem ohne Angabe von Gründen ausgewiesen worden. Sein Arbeitgeber ist höchst ungehalten darüber, da Streleck ein vorzüglicher, in seinem Spezialfach kaum zu ersetzender Arbeiter ist. Die Vorstellungen des Unternehmers bei der Polizei waren erfolglos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0002

Alldeutsche Heilmittel. Der Ausschuß des alldeutschen Verbandes hat an die preußische Regierung das Ersuchen gerichtet, polnische Kinder, die sich der Disziplin nicht fügen wollen, dauernd vom Schulbesuch auszuschließen. Durch ein besonderes Gesetz soll für diese Fälle die allgemeine Schulpflicht aufgehoben werden. — Edle Seelen, diese Alldeutschen!

Gegen die Milchteuerung. Das bayrische Verkehrsministerium gibt bekannt, vom 1. Januar ab würde an das gesamte Eisenbahnpersonal gute Allgäuer Vollmilch auch für den Hausgebrauch zu 16 Pf. für das Liter abgegeben werden.

Ein Breslauer Urteil. Als im Juni einige Breslauer Polizisten nachts einen Mann zur Wache „transportierten," sagte ein Bahnbeamter zu einem der Polizisten: „Handabhacken, das könnt Ihr, das ist Eure Bravour! Aber weiter könnt Ihr nichts! Ich bin vereidigter Bahnpolizeibeamter. Da herrschen nicht solche Zustände wie hier bei der Breslauer Polizei!" Das Breslauer Gericht verurteilte ihn zu 50 Mark Geldstrafe und — sprach dem durch die Handabhacker-Anspielung beleidigten Polizisten obendrein die Publikations-Befugnis zu!

Ein Gesetzentwurf über Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens vor den Amtsgerichten soll dem Reichstage noch in dieser Woche zugehen.

Der Erzbischof von Posen-Gnesen, Florian v. Stablewski, ist Sonnabend abend plötzlich einem Herzschlag erlegen. Er war ein rühriger Vertreter seiner Landsleute und wird für den geistigen Leiter der jetzigen Polenbewegung gehalten. Wenn die nationalistischen Blätter an seinen Tod die Hoffnung knüpfen, die polnische Opposition gegen brutale Germanisierungsversuche werde nun erlahmen, so wird die Zukunft lehren, daß sie die Bewegung unterschätzen. Seitdem die Polizei selbst Schulkinder zu Märtyrern macht, hat die Bewegung an innerer Kraft wesentlich gewonnen. So zogen vorige Woche in Godziszewo die Schulkinder nach Verbüßung der Arreststrafe gemeinsam nach einem Marienbilde und knieten dort nebst den zahlreich erschienenen Erwachsenen nieder, der Lehrer Scholz wiegelte darüber, wurde deshalb angegriffen und machte von seinem Revolver Gebrauch, die Erregung ist ungeheuer und wird durch Stablewskis Tod nicht vermindert worden.

Ausland.

Frankreich. Ein demokratischer Offizier. Bei einer öffentlichen Diskussion über das Thema Erziehung und Armee erklärte der Hauptmann Demongeot: das Wort und die Idee von „Vaterland" sind ebenso der Kritik unterworfen wie jede andere Meinung. Gerade die Vaterlandsidee gehört zu denen, die bisher am oberflächlichsten definiert worden sind. Das Vaterland ist eine Gemeinschaft von Interessen und Idealen, die die Glieder einer Demokratie mit einander verbinden. Es widerspricht der Meinung des Volkes, sich ohne Grund zu schlagen. Die Massen wollen für etwas kämpfen. Unsere Väter haben für ein religiöses Ideal gekämpft, später für ein politisches; das künftige Ideal wird vielleicht ein wirtschaftliches sein. Doch sei dem wie immer. Was man dem Volke begreiflich machen muß, ist, daß ein vernünftig aufgefaßter Patriotismus nicht im Widerspruch steht mit dem Internationalismus. Wie der Familiensinn den städtischen Gemeinsinn in seinem Schoße getragen hat, dann den Gemeinsinn der Provinz und weiter den des Staates, so birgt die nationale Idee natürlich die internationale. Beide sind gleichermaßen gesund. Warum sollen wir den jungen Leuten verheimlichen, daß eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa eine vollzogene Tatsache sein werden?" — Die künftige Entwickelung der Armee sieht der Vortragende in der Richtung der Volkswehr! Die Zeit ist nahe, da die Armee nicht mehr ein Organ für sich, mit einer besonderen Funktion, sein wird. Ein Krieg würde heute schon das ganze Land mit allen seinen Kräften mobilisieren. Daher sei es, so schloß er, besser, die Soldaten, statt sie mit dem öden Drill zu quälen, darauf vorzubereiten, daß sie ihre militärische Pflicht wie alle ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen!

Als Kundgebung des neuen Geistes, der unter dem unverkennbaren Einflusse der um sich greifenden sozialistischen Ideen die Demokratie durchdringt, verdienen diese Darlegungen besondere Beachtung. Es würde nicht wundernehmen, wenn die sich immer mehr aus den intelligenten Volkselementen ergänzende Demokratie der Armee bald weiter wäre, als die in jämmerlichem Höker-Egoismus verkommende radikale Kleinbürgerei. —

— Wegen Brutalität ihres Befehlshabers haben Mannschaften eines französischen Panzerschiffes in Brest gemeutert. Trotz peinlicher Untersuchung konnten die Täter nicht ausfindig gemacht werden.

— Die Deputierten haben ohne Debatte ihre Diäten von 9000 Franks jährlich auf 15000 Franks erhöht (von 7200 auf 12 000 Mk.). Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, davon monatlich 100 Franks pro Kopf an die Parteikasse abzugeben. Diese heimliche Diätenerhöhung macht mit Recht einen sehr ungünstigen Eindruck, unter dem auch das Ansehen der sozialistischen Fraktion leidet.

Oestreich. Bei den mährischen Landtagswahlen haben sich die sozialdemokratischen Stimmen außerordentlich vermehrt. Unsere Partei brachte es auf über 115 000 Stimmen, die Klerikalen auf 101 700; alle anderen Parteien: Fortschrittler, Christlichsoziale, Deutschnationale, Alldeutsche, Nationalsoziale, Jungtschechen und Liberale blieben weit in der Minderheit. Sie alle zusammen erhielten nur 128 000 Stimmen. Abgegeben wurden insgesamt 345000 Stimmen. Die Sozialdemokratie errang drei Mandate, zwei tschechische und ein deutsches. Gewählt wurden sofort die Genossen Hybesch in Brünn, Prokosch in Mährisch-Ostrau und Eidrosch in Brünn. Bei den Stichwahlen eroberten wir drei weitere Mandate mit den Genossen Banek, Svoboda und Filiginsky. Somit haben wir nun in Mähren sechs Mandate, bisher hatten wir kein einziges.

Ungarn. Der weiße Schrecken. Eine Aera schwärzester Reaktion beginnt in Ungarn unter dem Regiment der nationalistischen Regierung sich breit zu machen. Die Bestrebungen der Arbeiterschaft um ein menschenwürdigeres Dasein sollen durch ein Streikgesetz, durch Zuchthaus und Ausweisung gewaltsam niedergezwungen werden. Gegen die nichtmagyarischen Völkerschaften geht man mit einer Brutalität vor, wie sie noch kaum dagewesen. Jeder, der den ungezügeltsten Mißbräuchen, der unverschämtesten Gewalttaten der nationalen Demokratie nicht rückhaltlos zustimmt, der wird geächtet und ins Gefängnis geworfen. So wurde dieser Tage der slawisch-nationale Abgeordnete Ferdinand Furiga vom Schwurgericht zu Pozsony wegen Aufreizung zum Haß gegen die magyarische Nationalität zu zwei Jahren Staatsgefängnis und 1200 Kronen Geldstrafe verurteilt. Die Höchststrafe für die Aufreizung zum Haß gegen die magyarische Nationalität beträgt zwei Jahre. Alles, was ihn der Staatsanwalt zur Last legen konnte, waren zwei Artikel in dem radikalen Provinzblatte Ludove Noving (Volksblatt). Dieses Bluturteil findet seine Erklärung aber nicht lediglich in dem sinnlosen Chauvinismus, sondern man will in dem nichtmagyarischen Abgeordneten den Oppositionsmann überhaupt treffen. Diese sind nämlich fast die einzigen, welche die volksfeindliche Politik der Regierung furchtlos zu brandmarken wagen; sie allein sind entschlossen, sich der Forderung des erhöhten Rekruten-Kontingents ernstlich, wenn nötig durch parlamentarische Obstruktion entgegenzustemmen. Ebenso sind sie es fast allein, die schon im Interesse ihrer rechtlosen Volksgenossen ernstlich gewillt sind, alles aufzubieten, um die Regierung und die patriotische Parlaments-Mehrheit zur Einhaltung ihres Versprechens bezüglich des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu zwingen. Deshalb der ungeheure Haß der reaktionären Sippe.

— Das allgemeine Wahlrecht in Kroatien. In Kroatien scheint sich die Hoffnung des Volkes auf das allgemeine Wahlrecht eher noch verwirklichen zu wollen als in Ungarn. In einer der letzten Sitzungen des kroatischen Landtages erklärte der Minister des Innern, Dr. Nikolisc auf einen Zwischenruf, daß ein entsprechender Entwurf bereits ausgearbeitet sei und dem Landtag demnächst zugehen werde. Da auch sämtliche Parteien ihr Einverständnis mit einer radikalen Reform des Wahlrechtsgesetzes durch ihre Führer in öffentlicher Sitzung unzweideutig haben kundgeben lassen, so dürfte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Kroatien noch vor Ungarn in die Reihe moderner Staaten einrücken wird.

Italien. Der Streik der Straßenbahnen in Rom dauert an und verläuft in voller Ruhe zum Aerger derer, die gerne den Säbel hauen und die Flinte schießen lassen möchten. Der Trambahnverkehr ruht vollständig. Die Streikenden fordern eine Vertretung in der Kommission, welche über das einzustellende Personal entscheidet.

Amerika. Von den Wahlen sind genaue Nachrichten noch immer nicht vorhanden; nur die Resultate von Wisconsin sind etwas vollständiger, vor allem, soweit die Hauptstadt Milwaukee in Betracht kommt. Dort erhielten die Sozialdemokraten von 53 000 Stimmen 17 000 und fünf ihrer Kandidaten wurden gewählt. Außerdem gelangen zehn Republikaner und ein Demokrat in die gesetzgebende Körperschaft des Staates. Der Wahlkampf wurde in Milwaukee auf durchaus prinzipieller Grundlage geführt. Die Unternehmer-Klasse bot alles auf, eine Niederlage der Sozialdemokratie herbeizuführen. In vielen Fabriken wurde Ueberzeit gearbeitet, um die Arbeiter am Wählen zu verhindern, andere Fabrikanten hatten Entlassung angedroht für diejenigen, welche am Tage der Wahl nicht zur Arbeit kämen. Trotzdem brachten es unsere Genossen von 24 auf 34 Prozent aller abgegebenen Wahlstimmen. Gerade in Milwaukee wird die Sozialdemokratie von der Arbeiterklasse immer mehr als die alleinige Vertreterin der proletarischen Interessen anerkannt. Aus der Provinz fehlen noch die Nachrichten; es steht aber fest, daß die Stimmen der Sozialdemokratie fast überall zugenommen, an manchen Orten sich verdoppelt hat.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle.

Ein wegen Betruges vorbestrafter 25jähriger hiesiger Schlossermeister, der zurzeit eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verbüßt, hat im Frühjahr von einer Chemnitzer Fabrik zwei Wäscherollen im Werte von 960 Mk. gekauft. Er sollte eine Anzahlung von 100—150 Mk. leisten und dann monatliche Abzahlungen in Höhe von 30 Mk. machen. Er wollte die Drehrollen an Wäscherinnen 2c. vermieten, fand aber keinen passenden Raum zur Aufstellung. Auch war er inzwischen in Vermögensverfall geraten, da sein Onkel, der ihn im Laufe der Zeit nicht weniger als 4000 Mk. Unterstützungsgelder gezahlt hat, infolge seiner Pensionierung karger wurde und überhaupt die vergeblichen Rettungsversuche allmählig satt bekam. Als daher die Wäscherollen eintrafen und 80 Mk. Frachtgeld für sie gezahlt werden sollten, verkaufte Beck sie kurzerhand für 300 Mk., obwohl die Fabrik sich das Eigentumsrecht bis zur Zahlung der letzten Rate vorbehalten hatte. Ebenso eigenmächtig verfuhr er mit einer Nähmaschine, die er von Singer auf Abzahlung gekauft hatte, aber für 50 Mk. verpfändete. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von neun Monaten Gefängnis.

Schöffengericht.

Im Suff. Ein hiesiger Maurer hatte am 1. Oktober mit seinem Hauswirt, von dem er sich beleidigt glaubte, eine ziemlich lebhafte Streitigene gehabt. Am 15. Oktober wiederholte er sie in noch stärkerem Maße. Er will bei dem letzteren Zank sinnlos betrunken gewesen sein, doch hat er auf die Beteiligten keinen solchen Eindruck gemacht. Es kamen noch zwei Hausbewohner, ein Maurer und ein Schlosser, wegen des Lärms zu dem Streite hinzu. Angeklagter beschimpfte auch diese und schalt sie Streikbrecher. Der von ihm verübte Lärm wurde schließlich so arg, daß ein Polizeisergeant herbeigeholt wurde. Der Angeklagte soll ihm den Säbel aus der Scheide gerissen und ihn gefragt haben: Du willst's wohl auch so machen wie der in Breslau, der einem die Hand abgehackt hat? Infolge des Lärms hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Hause angesammelt. Der Angeklagte erklärte heute, er bedaure sein damaliges Auftreten sehr: nüchtern würde er sich auf keinen Fall so benommen haben. Das Gericht erkannte aber wegen Beleidigung, Bedrohung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verübung groben Unfugs auf fünf Monate Gefängnis und eine Woche Haft.

Ein hiesiger Student der Landwirtschaft war am frühen Morgen des 26. Mai gegen 4 Uhr mit zwei Bekannten „in denkbar bester Laune," wie er sich ausdrückte, aus dem Café Monopol zurückgekehrt. In der Steinstraße machte einer der drei Bestgelaunten, ein Student der Rechte, eine höchst widerrechtliche Attacke auf ein Reklameschild. Trotz der Höhe und Größe des Schildes brachte er es nach einigen Anstrengungen glücklich herunter, stülpte es über Kopf und Schultern und zog damit über den Franzosenweg. Hier wartete aber bereits ein Polizeisergeant auf ihn. Der Beamte war infolge des lauten Gelächters der drei aufmerksam geworden und hatte hinter einem Busche als stiller Beobachter Posto gefaßt. Er notierte nicht blos den Schildräuber sondern auch dessen Begleiter. Infolgedessen war auch der Student der Landwirtschaft zu einem Strafmandat gekommen. Gegen dieses hatte er durch Berufung protestiert, denn er sei ja bei dem Vorfall lediglich harmloser Zuschauer gewesen. Da auch der betreffende Polizeisergeant seine Unschuld an dem Schildraub bezeugte, so hob das Gericht die Polizeistrafe auf.

Literatur.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 7. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Bildungsfragen. — Der Ursprung von Moral. Von K. Kautsky. — Der sozialistische Kongreß in Limoges. Von Ch. Rappoport (Paris). — Das Hilfskassengesetz und die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Von Otto Braun. — Fluktuation und Sperre im Ruhrkohlenbecken. Von Max Hirsch. — Literarische Rundschau: Brunhuber, Die Wertzuwachssteuer. Von P. H. Dr. Andrée de Maday, Le Droit des Femmes au Travail. Von Therese Schlesinger-Eckstein. — Notizen: Rheinisch-Westfälische Maschinenbau- und Kleineisen-Industrie-Berufsgenossenschaft. Von D.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1907. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbands-Vorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. Achter Jahrgang, Stuttgart. Selbstverlag des Verbandes. Preis für Verbandsmitglieder 50 Pf., durch den Buchhandel 1 M. pro Exemplar.

Verantwortlicher Redakteur: J. V.: A. Molkenbuhr in Halle.

Kaufe bei H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.
Leistungsfähigstes Kaufhaus für sämtliche Bedarfsartikel.
Verlangen Sie Konsum- oder Rabatt-Marken. Verlangen Sie Konsum- oder Rabatt-Marken.

Illustrierte Neue Welt-Kalender für das Jahr 1907 à Stück 40 Pf. sind eingetroffen.
Zu beziehen durch alle Austräger und die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Für Tapezierer! Posten Ledertuch-Reste billigst. Hugo Nehab Nachflg., Grosse Ulrichstrasse 27

Morgen Dienstag Schlachtefest. Hagen, Brüderstraße 9a.

Morgen Dienstag Schlachtefest. Joh. Fischer, Gr. Gosenstrasse 39.

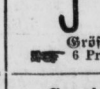
Tüchtige erfahrene Dreher und ebensolche Schlosser für lohnende Akkordarbeit auf dauernd in eine neue Fabrik gesucht. „Maschinenfabrik Montania"

Gelegenheitskauf.
Boxcalf-Herren-Schnürst. 7.25 Mk.
„ Damen-Schnürst. 5.90 Mk.
Schuhwarenhaus F. Kloppe Nachf., Inh. H. Biebach, Kl. Ulrichstraße 12.

Grube von der Heydt bei Ammendorf. Förderleute

Worte der Weihe von Ernst Klaar. I. Band.
Prologe für Arbeiterfeste
Parteitage, politische Arbeitervereine, Arbeiter-Bildungsvereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Turn- und Gesangvereine, Frauenvereine, Konsumvereine, Naturheilvereine.
160 Seiten elegant gebund. 2.50 Mk.
Zu beziehen durch alle Austräger und die Volksbuchhandlung.

Schirm-Fabrik von L. M. Werkmeister, Leipzigerstraße 29 a. Turm — a. Turm Alt. Freiseg. Platze
Größte Auswahl.
6 Prozent Rabatt.


Spazierstöcke, Tabakpfeifen, Zigarrenspitzen empfiehlt in großer Auswahl billigst Ernst Karras jun.

Puppen **Unsere Weihnachts-Ausstellung ist eröffnet.** Spielwaren

Wer zu **Weihnachten** gediegene und schöne **Puppen**, gekleidet und ungekleidet, **Ledergestelle, Puppenköpfe** etc. schenken will,

Wer Bedarf in **Gesellschafts-, Fröbelschen Unterhaltungs-** und **Beschäftigungs-Spielen** hat und die grösste Auswahl sucht,

Wer **Kaufläden, Puppenzimmer, Küchen, Puppenmöbel, Service** etc. kaufen will, und gediegene erstklassige Fabrikate verlangt,

Wer zu **Weihnachten Reit-** und **Schaukelpferde, Fuhrwerke** aller Art etc. schenken und darin eine grosse Auswahl in allen Preislagen finden will,

Wer **Eisenbahnen** mit und ohne Uhrwerk, sowie mit Dampfbetrieb, **Eisenbahnzutaten, Laternamagica, Dampfmaschinen, Modelle** etc zu kaufen gedenkt,

Wer mit **Militär-Rüstungen, Festungen, Soldaten, Kanonen, Richters Brücken-** u. **Steinbaukasten** seinen Kindern eine grosse Freude bereiten will,

der versäume nicht, meine

Spielwaren-Ausstellung

I. und II. Etage zu besichtigen.

Fahrstuhl.

Reich illustrierter Katalog ist erschienen und steht gratis und franko zur Verfügung.

C. F. Ritter,

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Vereinigung Deutscher Spielwarenhändler

Halle a. S., Leipzigerstrasse 89, 90, 91.

Gegründet 1859.

Aeltestes und grösstes Spielwarenhaus der Provinz.

Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.

Mittwoch den 28. November abends 3/4 9 Uhr (bis 1/2 11 Uhr) im kl. Saale des Konzerthaus, Karlstr. 14 I.

Frauen-Vortrags-Abend.

Referent: Herr **Tabert** über: **Privat-Volksversicherungen.**

Die Teilnehmer am Kursus für **Gesundheitspflege** werden gebeten, an demselben Abend 1/4 9 **Uhr** zu einer kurzen Besprechung auch daselbst zu sein. **D. V.**

„Volkspark."

Dienstag gr. Schlachtefest.

Früh 8 Uhr **Wellfleisch.**

Abends: Diverse Wurst und Suppe

Für **gemütliche Unterhaltung** ist Sorge getragen.

Die Verwaltung.

Süssmilch's

Walhalla-Theater

Bis 30. November täglich:

Das allgemein belobte durchaus erstklassige Programm von 10 Nummern.

Preise der Plätze wie bekannt.

Vorverkaufsbilletts, auch Sonntag nachm. giltig, in den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Von nächsten Mittwoch, den 28. Nov.:

Jeden Mittwoch nachmittag 4 Uhr: Kinderverstellung nur lebender Photographien. **Belehrend! Unterhaltend!**

Jeden Mittwoch vollständig neues Programm!

Kinder Saal und II. Rang **10 Pfg.** Erwachsene **20 Pfg.**

I. Rang und Logen **20 Pfg.**, Erwachsene **30 Pfg.**

Georg Süssmilch, Direktor und Eigentümer.

REFORM

Waschpulver gibt blendend weisse, völlig geruchlose Wäsche bei grosser Zeit- und Arbeitsersparnis.

„Waschpulver Reform"

überall käuflich.

Waschpulver „Reform", G. m. b. H., Mülheim, Rhein.

Mütter, gebt Euren Kindern

Lebertran-Emulsion.

Bestes **Kräftigungs-** und **Nährungsmittel** für schwächliche Kinder. Flasche à 1 und 2 Mark.

Zu haben bei **Max Rödler.** Raaschestrasse 2.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung,** Harz 42/43.

Butterhandlung drei Kronen

von

Otto Beier,

Geiststraße 18

offeriert:

Schmalz	garantiert rein	Pfund 56 Pf.
Fetter Speck		Pfund 80 Pf.
Schinkenspeck		Pfund 120 Pf.
Kronenbutter	garantiert reine Naturbutter	60 Pfg. Stück
feinst. Molkereibutter	Molkerei Löberitz	Stück 65 Pf.
Allerfeinste Molkereibutter	Molkerei Biberbach u. Saubach	Stück 68 Pf.
Harte Knackwurst		Pfd. 90 Pf.
Thür. Rotwurst		Pfund 60 Pf.
„ Knackwurst		Pfd. 110 Pf.
Schinkenwurst		Pfund 110 Pf.
Feinste Mettwurst		Pfd. 110 Pf.
ger. Lachs	1/4 Pfund 30 Pf.	Pfd. 110 Pf.
Braunschw. Cervelat- u. Salamiwurst	im ganzen Pfund	140 Pf.
Schweizerkäse	sehr saftiger	Pfund 95 Pf.
Frische Eier		Mandel 95 Pf.
Süss. Pflaumenmus		Pfd. 16 Pf.
Preisselbeeren		Pfund 35 Pf.

Ferner gebe ich in dieser Woche auf 1 Pfund feinste

Margarine zu **80** Pf.

eine hochfeine Buttergloche

gratis.

Staunend billige Möbel!

Plüschsofa 45 Mk., Kleiderschrank 28 Mk., Vertikow 36 Mk., Sofatisch 8 M., Kommode 18 M., Spiegel 3 1/2 M., Stühle 2 1/2 Mk., Schreibtisch 16 Mk., Muschelbettstelle mit Matratze 26 Mk., Büffetts, Schlafsofas, Stoffsofas, Plüschgarnituren, ganze Wohnungs-Einrichtungen spottbillig wegen Raummangel zu verkaufen.

Rosenberg, Geiststraße 21, I.

Frische Knick-Eier

billig.

Spezial-Eier-Gross-Geschäft

7 Talamtstraße 7.

Eleg. Kleidersekretäre

26 M., Vertik. 34 M., Schreibtische 34 M., Sofas 38 M., Stühle, Bettst., Matratzen zu verkaufen. **L. Bieler,** Albrechtstr. 39.

Delikatess-Margarine

Mohra im Carton

ist gleich

NATURBUTTER

ein vorzügliches

Nahrungs- und Genussmittel. 193

---

100 ff. Sprott, 20 M. Fettbückl. od in gl. Wert. ff. **Vollbückl. 30 ff.** marin. Her. 1 Dos. ff. Rollm. 1 Dz. Anchov. C. **2 schön.** Rauchal. 1 Stck. ff. Lachs u. **100 1a** Sardellher **Alles** zus. **3.75** franko g. N. **E. Degener,** Fischerei Swinemünde. 104.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Dienstag den 27. November 1906: 73. Vorst. im Abonnem. 1. Viertel. Umtauschkarten giltig.

Novität! Novität!

Zum 1. Male:

Das Blumenboot.

Schauspiel in 4 Akten und einem Zwischenspiel von Hermann Sudermann.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Mittwoch den 28. November 1906:

Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.

Mit 1 Oktober beginnt der 25 Jahrgang.

Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pf.

Einzel-Nummer 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die

Volks-Buchhandlung.

Harz 42/43.

Ein kleines **Kossäten-Grundstück** mit Inventar, drei Morgen Acker, ein Morgen Garten, circa 75 Stück große Bäume ist altershalber sofort zu verkauf.

Friedrichschwerz bei Wettin

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch kurze Zeit!

Our **Boys** in **blue.**

„Das Leben und Treiben des amerikanischen Militärs auf einer See-Fortifikation" dargestellt von **25 amerikan. Seekadetten.**

Lotte Mende

in ihrem Repertoir.

Max Waldon

in seinen sensationellen Darstellungen als Soubretten-Imitator und Tänzer, u. die übrigen gr. Attraktionen

---

Gute Speisekartoffeln

im Ganzen und einzeln hat abzugeben **Thiele, Triftstraße 2.**

Eine große Partie zurückgesetzter

Puppenwagen

(herrliche Muster)

kommen, um damit zu räumen, zu jedem nur annehmbar. **Preise** billigst zum Verkauf.

Gr. Korbstühle

in **Rohr, Matte** und **Plüsch.**

Blumentische, Näh- u. Notenständer, sowie **Reise-, Wasch-, Papier-** und **Luxuskörbe** jeder Art **verkauft zu billigsten Preisen**

M. L. Koch,

Korbgeschäft, Geiststraße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 276. Halle a. S., Dienstag den 27. November 1906. 17. Jahrg.

Zur Revolution in Rußland.

Viktor Tschernoff über Expropriationen.

Tagtäglich geschehen in Rußland in großer Anzahl sogen. „Expropriationen", d. h. Raubüberfälle und Plünderungen. Die Reptilienblätter, das eidhafte Subventionsgesindel der Regierungszeitungen, wiederholen jeden Tag in allen Tonarten, daß die Expropriationen das Werk der großen Revolutionsparteien seien, daß die Revolutionäre Diebe seien. Es ist dies eine niederträchtige Verleumdung. Immer wieder muß betont werden, daß die großen und ernsten Revolutionsparteien die entschiedensten Gegner der Räubereien sind.

Auf der einen Seite steht die Sozialdemokratie. Sie verurteilt aufs entschiedenste die Räubereien und Diebstähle. Der Einigungsparteitag hat beschlossen, die Versuche von einzelnen Personen, sowie auch von Gruppen, sich fremden Eigentums unter dem Namen oder der Devise der S.-D.-P. zu bemächtigen, zu bekämpfen. Er hat die Enteignung von Geldsummen in Privatbanken und alle Formen von Zwangsbeiträgen zu revolutionären Zwecken verurteilt. Er hat erklärt: staatliches Eigentum zu ergreifen, wird erst dann zulässig sein, wenn sich revolutionäre Regierungsorgane gebildet haben, und nur durch diese Organe unter voller Kontrolle der Oeffentlichkeit. Gegenwärtig verwirft die Partei jede Art Enteignung von Eigentum, privatem und staatlichem. Das einzige, was sie jetzt zuläßt, ist die Aneignung von staatlichen Waffen und Munition.

Zahlreiche Kongresse und Konferenzen von Lokalorganisationen der Russ. S.-D.-P. haben seitdem stattgefunden, und jedesmal, wenn von „Expropriationen" gesprochen wurde, wurden diese völlig verdammt. Die mit der russischen Sozialdemokratie vereinten Parteien treten ebenso entschieden auf. Lokale Konferenzen des Bund, sowie auch der 7. Kongreß desselben, Konferenzen und kompetente Instanzen der Sozialdemokratie des Lettlands haben die „Expropriationen" verurteilt. In Polen, wo sich anarchistische Zustände mit besonderer Stärke entwickelt haben, hat die Sozialdemokratie Polens und Litauens nicht nur bei jeder Gelegenheit die Räubereien verdammt sie hat auch solche Mitglieder, die sich an Expropriationen beteiligt hatten, aus der Partei ausgestoßen. Den entgegengesetzten Standpunkt vertreten die Anarchisten-Kommunisten. Es sind die Todfeinde der Sozialdemokratie. Sie hassen die Sozialdemokraten über alles in der Welt, weil die Sozialdemokraten die höhere Organisation der Gesellschaft vertreten, während die Anarchisten extreme Individualisten sind. Die Anarchisten sind tatsächliche Anhänger der „Expropriationen", sie lassen aber nur „organisationelle" Expropriationen zu d. h. solche, welche von Parteiorganisationen zu Parteizwecken inszeniert worden sind.

Wenn einzelne Anarchisten auf ihre persönliche Rechnung rauben und stehlen, so wird dies sogar von den Anarchisten als Mißbrauch und Uebel betrachtet. Aber jetzt spielt sich jeder gemeine Verbrecher als Anarchist auf; jeder Erpresser nennt sich „Anarchist"; alle in der Atmosphäre des Bürgerkriegs geschehenen Raubtaten werden den Anarchisten in die Schuhe geschoben. Die Anarchisten sind aber selbst ein Erzeugnis der revolutionären Zeit. Vor der Revolution bildeten sie eine verschwindend kleine Gruppe. Es sind Abenteurer der Revolution oder überspannte, unklare Köpfe. Es ist dies keine große Revolutionspartei, die man ernst nehmen könnte.

Wenden wir uns der Sozialrevolutionären Partei zu. Von dieser Partei hat sich die Fraktion der Maximalisten (die bereits während der jetzigen Revolution das Programmmaximum verwirklichen wollen) losgelöst. Mit der größten Schärfe sind die berufenen Vertreter der Sozialrevolutionären Partei gegen die Maximalisten vorgegangen.

„Es wird die Pflicht unserer Genossen sein, sich gegen diese Demagogie zu erheben," schrieb Viktor Tschernoff noch im Juli in der Parteizeitung Mysl. Große Expropriationsakte, wie der Ueberfall auf den Geldtransport des Petersburger Hafen-Zollamts, sind von den Maximalisten ausgegangen. Sie sind ein Augenblicksprodukt der revolutionären Zeit, eine Gruppe von Hitzköpfen. Sie sind keine dauernde, große und ernste Revolutionspartei.

Ganz anders tritt die Sozialrevolutionäre Partei selbst auf. In der Sowratelnaja Rossija hat kürzlich der veste Kopf der Partei, ihr einflußreichster Denker Viktor Tschernoff die Meinung der Partei ausgedrückt, die dahin geht, daß gegen die Räubereien gekämpft werden muß. „Die Praxis der Expropriationen," schreibt er, „hat jetzt einen kolossalen Umfang erreicht." „Die Parteien haben begonnen. Selbstschutzmaßnahmen gegen dieselbe zu treffen." Sie ist zwar ein Symptom dafür, daß der Drang zu einem aktiven Kampfe die rückständigen bewußtlosen Massen Eingang gefunden hat. Die Expropriationen sollen nicht oberflächlich gedeutet sondern als ein Zeichen von tiefen, in der Volkspsyche geschehenden Vorgängen betrachtet werden. Sie sind aber ein großes Uebel. Die Expropriation von Privateigentum ist ganz zu verwerfen, schon deshalb, weil jede Partei die Neutralität unbeteiligter Personen achten muß. Aber noch mehr, die Expropriationstaktik an sich, als eine solche, ist von Uebel. Es soll dieser Demoralisation ein Ende gemacht werden. In Jekaterinoslaw haben Polizeibeamte Räubereien begangen und den Revolutionären in die Schuhe geschoben. In Jekaterinoslaw wurde dies aufgedeckt, es kann aber dergleichen auch anderswo geschehen. „Wie viele Simulationen von Ueberfällen durch angebliche Revolutionäre sind schon aufgedeckt worden! Wie viele Schandtaten geschehen, die der Revolution in die Schuhe geschoben werden deshalb, weil sie bis jetzt noch nicht imstande gewesen ist, sich aufzuraffen, ihre organisatorische Energie zu konzentrieren und sich mit voller Entschiedenheit der Elementarkraft von Zerstäuben und Zerbröckeln der Revolution zu widersetzen." „Wenn in einem Kessel Wasser unter hohem Druck siedet, so sammelt sich an der Oberfläche schmutziger Schaum." „Es ist sicherlich, die Revolution verantwortlich zu machen für die Exzesse der oberflächlich revolutionierten Söhne der alten Welt, der Opfer der alten russischen Geschichte. Es sind dies die Krankheiten der Revolution." „Und indem es organische Produkte des Revolutionsprozesses sind, gerade deshalb muß man ihnen die ernsteste Aufmerksamkeit widmen."

So verwirft die Sozialrevolutionäre Partei durch ihren berufensten Vertreter entschieden die Taktik der Räubereien. Die Expropriationen von Privateigentum werden von allen großen und ernsten Revolutionsparteien völlig verurteilt. Die Entgleisungen werden gleichfalls verworfen, bevor die Revolutionsparteien die Macht ergriffen und Regierungsorgane gebildet haben. Bei der Sozialrevolutionären Partei wird bis jetzt die Enteignung von Staatseigentum an sich nicht prinzipiell verworfen, aber die Taktik der Räubereien, Ueberfälle und Diebstähle aufs entschiedenste verurteilt.

Schnelle Justiz. Zwei Revolutionäre in Odessa wurden vom Feldgericht zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet.

Vor den Zarenschergen geflüchtet. Wegen drohender Verhaftung haben sich mehrere Führer der Arbeiterpartei, sowie der sozialistischen und der revolutionären Partei nach Genf und Stockholm geflüchtet.

Allerhöchstes über Feldkriegs-Schnelljustiz! Dem Sozialdemokrat ist nachstehendes Geheimdokument auf den Redaktionstisch gepflogen: „Kopie einer Kopie. Ganz geheim. Dem Kommandierenden des Warschauer Militärbezirks. Bei dem persönlichen Vortrage des Kriegsministers am 8. Sept. a. cs. geruhte S. Kais. Majestät Allerhöchst zu befehlen, es solle den Kommandierenden der Truppenteile kundgemacht werden, daß seine Majestät die unbedingte Anwendung des neuen Gesetzes über die Feldkriegsgerichte bei allen in den diesbezüglichen Bestimmungen vorgesehenen Verbrechen verlangt. Die Kommandierenden der Truppenteile und die Generalgouverneure, die etwa Abweichungen von diesem Allerhöchsten Befehl zulassen, werden sich persönlich vor Se Majestät zu verantworten haben. Die Kommandierenden der Truppenteile müssen dafür Sorge tragen, daß keine Telegramme mit dem Gesuch um Begnadigung Seiner Majestät unterbreitet werden. Vor dem obigen Allerh Befehl habe ich die Ehre, zur Ergänzung des chiffrierten Telegramms des Kriegsministers Ew Exzellenz in Kenntnis zu setzen! Die Originalschrift unterschrieben: Chef der Oberverwaltung Gen. Pawlow. Kontrasigniert: Abteilungschef Oberst Swonnikow. Kopie unterschrieben: Stellvertretender Aeltester Adjudant des Stabes des Warschauer Militärbezirks Kapitän . Mit der Kopie gleichlautend: für den stellvertretenden Stabschef des provisorischen General-Gouverneurs der Stabsrittmeister Baron Kl . . . (Unterschrift unleserlich)."

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. November.

Ein Menetekel.

In der letzten Stadtverordnetensitzung stimmten alle Bürgerlichen geschlossen gegen den Antrag unsers Genossen Emmer, den Pachtzins für die städtischen Schrebergärten an der Dessauerstraße von 20 Pfg amtlatt auf 15 Pfg. auf 10 Pfg. herabzusetzen. Eingehend begründet wurde dieser Antrag damit, daß kein Mensch mehr wie 10 Pfg. für den Quadratmeter zahlen würde und daß der Preis von 15 Pfg. auch schon deswegen zu hoch sei, weil das Ackerfeld schon seit 6—7 Jahren brach daliegt und mit einer harten Ecdkruste überzogen ist. Weil in der Tat mit 10 Pfg. pro Quadratmeter des Bodens vollauf bezahlt ist, wurde der Antrag gestellt und ferner aus der Erkenntnis heraus, daß höchstens für diesen Preis sich Liebhaber auffinden dürften. Welche Schwierigkeiten mit der Ackerverpachtung verbunden sind, geht aus dem folgenden hervor: Die im Freiimfelder Flur belegenen 57 Ackerparzellen von 6 ar 24 qm bis 1 ha 48 ar 60 qm Größe sollen bekanntlich auf die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1913 verpachtet werden. Zu diesem Behufe stand am Donnerstag nachmittag im Gesellschaftshause zu Diemitz ein Termin an. Insgesamt wurden geboten 2532 Mark, gegen 4477 Mark seitheriger Pacht. Das bedeutet einen Rückgang von 1945 Mark pro Jahr.

Ob die Stadtverordneten, welche am letzten Montag „zu nobel" waren, die Schrebergärten für den lumpigen Pachtzins von 10 Pfg pro Quadratmeter herzugeben, sich jetzt auch noch in dem schönen Wahn wiegen, daß sie ihre Schrebergärten auf den Grunebergischen Aeckern „anständig" bezahlt erhalten?

Eine Wohnungsstatistik

für die Stadt Halle ist vom städtischen statistischen Amt hergestellt worden. Darnach standen leer in den Jahren 1893 bis 1906 942 bezw 684, 383, 406, 439, 395, 257, 132, 181, 431, 645, 532, 506, 461 Wohnungen. Die Zahl der neuentstandenen Wohnungen betrug von 1893 bis 1905 in jedem Jahre 441 bezw 609, 596, 877, 870, 799, 601, 740, 956, 1044, 1112, 1270. Es zeigt sich ein Herabgehen im großen ganzen bis 1900 und ein ununterbrochenes Ansteigen bis 1905. Ein Zusammenhang dieser Zahlenreihe mit jener der leerstehenden Wohnungen ist insofern gegeben, als das Jahr 1900 den tiefsten Stand der Bautätigkeit und die niedrigste Zahl leerstehender Wohnungen aufweist. Von den im Jahre 1905 neuentstandenen Wohnungen — im ganzen 1270 — hatten einen heizbaren Raum 177, zwei heizbare Räume 32, drei 329, vier 276, fünf 79, je 3 41, sieben 19, acht 16, neun 1 und mehr als 10 heizbare Räume waren in vier Wohnungen vorhanden.

Der gestrige Totensonntag

zeigte dasselbe Gepräge wie in jedem Jahre. Die Hallesche Bevölkerung ist vorwiegend evangelisch; darum macht bei uns in Halle der Totensonntag der evangelischen Kirche sich viel stärker nach außen hin bemerkbar als der Allerseelensonntag der Katholiken oder der dem Gedächtnis der Toten bestimmte Feiertag der Juden. Wir alle kennen die Massenwallfahrt nach den Friedhöfen, die Jahr für Jahr am Totensonntag stattfinden. Das arbeitende Volk hat den Totensonntag von seinen kirchlichen Zutaten betreit, so daß wieder die alte, unverfälschte Totenverehrung zur Geltung gekommen ist, die da war, ehe es Kirchen gab. Das arbeitende Volk, das gottentfremdete, gedenkt an dem hergebrachten kirchlichen Totenfest seiner Toten auf seine Art. Wir lassen uns nicht genügen an tatloser Klage um die Lieben, die unterm Rasen ruhen nach einem Leben voll Kampf, lassen uns auch nicht beschwichtigen mit der Vertröstung auf das Jenseits, das für alle Qual des Diesseits entschädigen soll. Was wir von den Gräbern unserer Toten heimkehrend mitnahmen, das ist die Mahnung zu tatkräftigem Schaffen, was wir von den Friedhöfen heimtragen, das ist neuer Mut zu neuem Kampfe.

Denn zum Kampf muß selbst der Friedhof uns mahnen — zum Kampf, zum rastlos unablässigen, ruft selbst die Stumme, die aus den Gräbern zu uns spricht. Wie viele derer, die der Rasen deckt, sanken früh in die Gruft als Opfer der Ge-

als eine „gottgewollte" gepriesen wird! Und drängt nicht der Klassengegensatz, der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, ohne den diese „gottgewollte" Gesellschaftsordnung nicht bestehen kann, noch auf dem Friedhof und gerade am Totensonntag sich greifbar deutlich uns auf? Prahlt nicht des reichen Müßiggängers Familie mit pomphaftem Grabschmuck, wo an so manchem Arbeitergrab die Liebe mit der Not um ärmliche Kranzspenden ringen muß? Dem arbeitenden Volk, das am Totensonntag seiner Toten gedenkt und seine verstorbenen Kämpfer ehrt, lassen die Prediger des Gotteswortes da draußen auf den Begräbnisplätzen ihre Traktätchen überreichen. Sie halten die Massen-Wallfahrt nach den Friedhöfen für eine besonders günstige Gelegenheit, der Kirche ein Paar der Abtrünnigen zurückzugewinnen. Uns will scheinen, daß die Gelegenheit besonders schlecht gewählt ist. Gerade der Totensonntag predigt uns laut und deutlich die Pflicht, nicht auf das Jenseits zu warten, das die Kirche verspricht, sondern um ein besseres Diesseits zu kämpfen.

Wie man „von Rechts wegen" Lehrlingsvereine zu politischen stempelt.

Im § 8 des preußischen Vereinsgesetzes heißt es u. a.: „Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gilt (noch) nachstehende Beschränkung: sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen. Wird diese Beschränkung überschritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, den Verein bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung zu schließen." Mit diesem Gesetzesparagraphen gehen jetzt die Behörden, denen die Organisation der jugendlichen Arbeiter ein Dorn im Auge ist, zu Leibe. In Königsberg hat man einen besonderen Feldzug gegen die Junge Garde inszeniert. Die Königsberger Polizei verbot alle Arrangements des Vereins, alle Vorträge, alle Rezitationen von Gedichten 2c. Die Staatsanwaltschaft setzte das Werk der Polizei fort, und das Königsberger Landgericht erkannte im Sinne von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Vorstandsmitglieder wurden auf Grund der §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt.

Unverblümt gab das Gericht zu, daß nicht aus den Statuten und auch nicht aus der Tätigkeit des Vereins, soweit eine solche überhaupt entsaltet wurde, geschlossen werden könnte, es sei ein Verein im Sinne des § 8 des Gesetzes. Ein solcher sei es aber doch, aus verschiedenen anderen Gründen. Da sei zunächst die Tatsache, daß die Sozialdemokratie fortgesetzt als sehr wichtig die Frage erörtere, wie die sozialdemokratischen Lehren und Ansichten unter der Jugend verbreitet werden könnten. Ein Vorstandsmitglied sei als Sozialdemokrat bekannt. Er verfasse Artikel für die Gleichheit und betätige sich im übrigen durchaus sozialdemokratisch. Es sei auch bekannt, daß dies Vorstandsmitglied im sozialdemokratischen Sinne auf die Vereinsmitglieder einwirke. Dies rechtfertige ohne weiteres den Schluß, daß der gebildete Verein in erster Linie dazu dienen sollte, die heranwachsende Jugend mit dem Parteiprogramm der Sozialdemokratie bekanntzu machen und sie durch die Ueberzeugung von dessen Wahrheit und Richtigkeit im sozialdemokratischen Sinne zu erziehen. Daß damit eine Erörterung des sozialdemokratischen Parteiprogramms verbunden sein müsse und zwar in den Versammlungen der Vereinsmitglieder, das liege auf der Hand.

Das Programm der sozialdemokratischen Partei sei aber auf Umgestaltung der gesamten staatlichen Verhältnisse, auf eine Aenderung der gesamten öffentlichen Zustände, in allen wesentlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Beziehungen unter Anwendung staatlichen Zwanges gerichtet. Die Erörterung eines solchen Programms enthalte daher zweifellos eine Erörterung politischer Gegenstände. Der Verein habe danach den Zweck eines solchen im Sinne des §§ 8 des Gesetzes gehabt. Es müsse auch angenommen werden, daß die andern Vorstandsmitglieder die Ansichten Walter Korgs und Krügers gebilligt hätten.

Die Angeklagten legten Revision beim Kammergericht ein. Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Es sei ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Verein bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Der Vorderrichter gehe davon aus, daß die Lehren der Sozialdemokratie an sich die Tendenz hätten, staatliche Einrichtungen zu ändern. Aus der Feststellung ergebe sich, daß die Versammlungen bestimmt gewesen seien, nicht etwa eine theoretische Uebersicht zu geben, sondern agitatorisch dahin zu wirken, daß die Jugend mit den Lehren bekannt und in der Anwendung der Lehren geschult werden sollte In welcher Weise der Vorderrichter seine Ueberzeugung gewonnen habe, dürfe der Revisionsrichter nicht nachprüfen.

Also wenn Polizei und Staatsanwalt meinen, ein Jugend-, Frauen- oder ähnlicher Verein sei sozialdemokratisch, dann wird einfach verknurrt. Nachprüfen und Beweise haben wollen? Unsinn!

* **Einen interessanten Rezitationsabend** veranstalteten am Sonnabend abend im Bellevue die Metallarbeiter. Der bekannte und beliebte Rezitator neuzeitlicher Dichtungen, Emil Walkotte-Berlin, rezitierte Lord Tennysons Epos Enoch Arden, wozu Richard Strauß, der charakteristischste Vertreter der modernen Musik, eine ergreifende Musik geschrieben hat. Dichtung und Musik ergänzen sich in diesem Melodram zu einem Ganzen von seltener künstlerischer Wirkung. Während sonst ein Melodrama immer Sentimentales, Rührseliges, an sich hat, verstand es Strauß, die Musik in charakteristischen Tönen und frei von Süßlichkeit und Rührseligkeit zu halten. Die 400 Arbeiter, welche am Sonnabend dem Kunstwerk andächtig lauschten, dürften einen tiefen inneren Eindruck mit nach Hause genommen haben. Erfreulicherweise war zu konstatieren, daß von Anfang bis zu Ende eine vollkommene Ruhe im Saale herrschte, daß weder geraucht noch Unterhaltungen gepflogen wurden. Besonderer Erwähnung sei auch der feinsinnigen Begleitung durch Herrn Musikdirektor Engelmann getan. Er führte seine sehr schwere Aufgabe mit Akkuratesse durch. Solche Veranstaltungen, wie der Rezitationsabend am Sonnabend, helfen die Volks-Erziehungsideale, welche sich der Mannheimer Parteitag stellte, herbeiführen.

* **Woran unsere studierende Jugend besonderen Gefallen findet,** ergab eine kürzlich vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung gegen eine Geschirrbesitzersfrau, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0005

sollte doch das Bellen der Hunde, die ihr im Monat August während der großen Ferien in Verwahrung gegeben waren, nach, als die ganze Nachbarschaft belästigt haben. Nach eingegangenen Beschwerden von Lehrern und anderen Beamten, erschien ein Kommissar in der Behausung der Frau und bemerkte, wie ihm auf einmal 15 Hunde entgegengesprungen kamen; Zwölf Köter befanden sich außerdem noch in einem Stalle. Diese ganze Meute, also 27 an der Zahl, gehörte einzig und allein, so wurde vor Gericht ausgeführt, zwei Studenten. Die beiden Musensöhne — sie haben es ja dazu — hatten während ihrer Abwesenheit in den Ferien hier zum Verdruß der Bürger ein regelrechtes Hundepensionat errichtet. Rechnet man zusammen, was die Tiere an Steuern, Stallungen und Futterkosten verursachen, dann kann man sich einen Begriff von den kleinen Nebeneinnahmen seiner Herren machen.

* **Ein „senrer" Mitbürger.** Seinen 90. Geburtstag begeht heute der frühere Oberbürgermeister unserer Stadt, Geh. Oberregierungsrat Franz von Bose. Der Jubelgreis, der sich vor länger als einem Vierteljahrhundert wegen Altersschwäche pensionieren ließ, erfreut sich, wie die bürgerlichen Lokalblätter berichten, bester Gesundheit und Frische. Wir wünschen jedem Menschen ein Methusalemsalter auch dann, wenn er der Stadt so teuer wird wie dieser alte Herr, welcher schon seit 26 Jahren die annehmbare Jahrespension von 5200 Mk. bezieht.

* **Steinsetzer.** Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Steinsetzer findet am Dienstag abend im Weißen Roß nicht statt, da in Halberstadt die Konferenz am 25. November verboten worden ist. (Wahrscheinlich des Totenfestes wegen.) Alles nähere in der Mitgliederversammlung am Dienstag, den 2. Dezember.

* **Einen neuartigen Gaunerstreich** führte ein junger Mann in einem hiesigen Schuhwarenladen aus. Er verlangte ein Paar Schuhe. Nachdem er verschiedene Paare probiert und ein Paar gefunden, die ihm zusagten, ersuchte er die Verkäuferin, ihm doch sein altes Paar Schuhe einwickeln zu wollen, da er vorziehe, die neuen Schuhe gleich anzubehalten. In dem Augenblicke, als die Verkäuferin hinter den Ladentisch ging, um Papier heranzuholen, verduftete der Stiefelkäufer. Und ward nie wieder gesehen.

* **Diebereien in größerem Umfange** wurden seit längerer Zeit in den Lagerräumen des hiesigen Spediteursvereins und der Firma Mann verübt. So sind etwa 20 Zentner Schmalz dort nacheinander gestohlen worden. Als Diebe wurden jetzt die Arbeiter Dauer und Albrecht ermittelt, welche bei den beiden Firmen beschäftigt waren. Der Arbeiter Bose soll als Hehler in Betracht kommen.

* **In der Lesehalle** wurde am Sonnabend abend zwischen 6 und 7 Uhr einem Besucher eine schwarzgraue Pelerine gestohlen.

* **Für das nächstjährige Heeresersatzgeschäft** wird denjenigen jungen Männern, welche in dem Zeitraum vom 1. Jan. bis 31. Dezember 1887 geboren sind, in Erinnerung gebracht, daß sie zur Vermeidung von Nachteilen sich mit Geburtsscheinen, die von den Standesämtern kostenfrei ausgefertigt werden, zu versehen haben. Der Zeitpunkt für die Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle wird in der ersten Hälfte des Monats Januar k. J. bekannt gemacht werden.

* **Von Gerdtellsche Vorträge.** Wie sehr die Fragen, die Herr von Gerdtell in seinen Vorträgen in der Loge zu den fünf Türmen hält, interessieren, zeigte sich darin, daß am Donnerstag abend kurz nach 8 Uhr der Saal und sogar die Bühne schon dicht besetzt waren. Und gerade die Frage, die Redner in diesem dritten Vortrage zu beantworten suchte: Kann ein denkender Mensch noch an die Gottheit Jesu glauben? mußte ja bei vielen großes Interesse erwecken. Wie wurde aber nun diese Frage beantwortet? Nachdem Redner zu Beginn noch einmal das Ergebnis des zweiten Vortrages zusammenfaßte in die Worte: Jesus hat den Anspruch erhoben, der Sohn Gottes im absoluten, metaphysischen Sinne zu sein, suchte er diese feststehende Tatsache zu beweisen. Er ging von den vier Möglichkeiten aus, die hierbei logisch denkbar sind. Dieses Selbstbewußtsein Jesu könnte 1. auf Betrug, 2. auf Verrücktheit, 3. auf Schwärmerei oder 4. auf Wahrheit beruhen. Die ersten beiden Möglichkeiten suchte Redner mit knappen Worten zu widerlegen. Bei der dritten Möglichkeit, daß Jesus ein Schwärmer gewesen sein könnte, verweilte er länger. Redner suchte diese Möglichkeit zu widerlegen, indem er ausführlich nachwies, daß Jesus kein Schwärmer gewesen sein kann, da ihn sonst doch der bürgerliche Zusammenbruch seiner geistigen Einbildung und seines Hochmutes, die man ihm hätte zusprechen müssen, am Kreuze nüchtern gemacht hätte. Andererseits kann Jesus kein Schwärmer gewesen sein, da er, obgleich er in den einfachsten, kleinsten Verhältnissen lebte, doch eine geschlossene Persönlichkeit war, die alle vier Temperamente ohne jede Einseitigkeit in sich faßte. Ferner hat sich Jesus in keiner Sekunde über seine Persönlichkeit und über seine Erfolge getäuscht. Obgleich er nichts Schriftliches hinterließ, sondern nur einige einfache, ungebildete Männer, verschied er am Kreuze doch triumphierend mit dem Siegesrufe: Es ist vollbracht!

A. H.

* **Keine kleineren Fünfmarkstücke.** Wie der Staatssekretär des Reichsschatzamtes kürzlich im Reichstage mitteilte, wird mit der Ausprägung von Fünfmarkstücken in der bisherigen Form vorgegangen werden, da die in Aussicht genommene Verringerung des Umfanges der neuen Fünfmarkstücke eine vorherige völlige Einziehung der Taler zur Voraussetzung haben müßte. Es wird also zunächst weder das von der Berliner Münze hergestellte Probestück mit dem Durchmesser von 34½ Millimeter, noch das von der Münchner Münze hergestellte, dem österreichischen Fünfkronenstück ähnliche, zur Ausprägung gelangen.

* **Die Sonntagsruhe bei der Post** erfährt vom 1. Dezember an eine abermalige Erweiterung, nachdem sie erst anfang dieses Monats auf Postanweisungen und Geldbriefe ausgedehnt worden ist. Schon seit längerer Zeit werden Briefsendungen mit Nachnahme an Sonn- und Feiertagen den Empfängern nicht mehr vorgezeigt. Die Absender konnten aber auf der Adresse den Wunsch ausdrücken, daß die Nachnahmesendungen auch Sonn- oder Feiertags vorgezeigt würden. Ferner konnten die Empfänger beantragen, daß ihnen Briefsendungen mit Nachnahme an solchen Tagen überbracht würden. Diese beiden Ausnahmen fallen vom 1. Dezember an weg. Zur Beteilung kommen Sonn- und Feiertags nur noch gewöhnliche Briefsendungen auf einem einmaligen Gange.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Am Dienstag findet Premiere der Sudermannschen Novität Das Blumenboot statt. In größeren Aufgaben sind beschäftigt die Damen Hollmann (Thea), Brandow (Baronin), Safrenz (Raffaela) sowie die Herren Nonnenbruch, Sieg, Bünting, Steinec, Gode und Dohme. Im Zwischenspiel wirken die Damen Wagner, Klerwin, Lübben sowie die Herren Stahlberg, Berend und Schölling, der auch die Regie führt, mit. — Da die Verstärkungsmusiker für Mittwoch abgesagt haben, ist die Wiederholung von Wagners Walküre verschoben; dafür ist Tannhäuser angesetzt worden.

* **Zoologischer Garten.** Der Axis-Hirsch, der „Tüpfel-Hirsch" von den Engländern seines lebhaft weißgefleckten Haarkleides wegen so genannt, hat am Dienstag sein Geweih abgeschlagen. Die Fleckenzeichnung wird bekanntlich als die Urfärbung der Hirsch- und mehrerer anderer Tierarten angesehen; als ein sehr illustrer Beweis hierfür ist die Färbung des Felles vom jungen Tier bei unsern heimischen Hirschgarten und beim Wildschwein anzuführen. — Im Papageienhause sind die Wandkäfige neuerdings mit einer neuen Anzahl Meerschweinchen besetzt. Diese amüsanten Nager sind in Südamerika zu Hause, natürlich nicht — wie das bei einer „milden" Tierart überhaupt ausgeschlossen wäre — in so mannigfaltiger bunter Färbung, sondern einfarbig. Die fast immer in drei verschiedenen Mischungen vorkommende Färbung ist durch Kreuzung entstanden.

Dieskau, 26. November. Von der Bülowschen Treibjagd berichten alle bürgerlichen Provinzblätter mit ziemlichem Behagen. Sie schildern, was die neun Jagdteilnehmer alles zusammenknallt haben: 168 Fasanenhähne, 22 Hennen, 1 Reh, 10 Hasen und 12 Kaninchen. Weiter, daß der Amtsrat von Zimmermann-Benkendorf, der 41 Fasane zusammengeknallt hatte, zum Jagdkönig proklamiert wurde. Wer aber dem armen polnischen Arbeiter die Augen ausgestochen hat, davon verschiet niemand, denn bei solchem Massenmord darf man nicht lange aufs Ziel schauen. Man knallt einfach blind drauf los. Und was sind schließlich ein Paar Proletarieraugen wert? Es gibt ja so viele neue Arbeitskräfte mit Augen. Den ohne Augen schmeißt man dann raus!

Aus den Nachbarkreisen.

Weißenfels, 23. Nov. (Eig. Ber.) Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie rechnet bekanntlich auch unsern Wahlkreis zu denen, die unter Umständen unserer Partei wieder abgenommen werden können. Zurzeit ist folgendes Dechtelmechtel im Gange. Die Freisinnigen wollen den nationalliberalen Kandidaten Dippe bei der Reichstagswahl unterstützen; dafür soll ihnen aber eins der beiden Landtagsmandate überantwortet werden. Die Nationalliberalen würden ganz gern auf diesen Handel eingehen; aber sie haben dazu nicht die Macht. Das Landtagsmandat für Dippe wollen sie nicht fahren lassen. Das zweite Mandat aber ist im Besitz der Konservativen, denen es nicht im Traume einfällt, das Mandat an die Freisinnigen zu verschenken. Sollte es zum ernsten Konflikt zwischen Konservativen und Nationalliberalen kommen, was allerdings nicht zu erwarten steht, so wäre es sogar viel eher möglich, daß die Konservativen, die in der ersten und zweiten Klasse leicht die Mehrheit der Wahlmänner durchsetzen könnten, den Nationalliberalen das Dippesche Mandat abnehmen, als daß umgekehrt die Nationalliberalen den Konservativen hinauskräuchern. — Der Plan der Freisinnigen ist also nicht zu verwirklichen. Die Nationalliberalen müßten auch spottschlechte Rechner sein, wenn sie auf das Arrangement eingehen wollten; denn die größte Mehrheit der freisinnigen Stimmen fällt ihnen bei der Reichstagswahl ohnehin zu. Und der kleine Rest, der sozialdemokratisch wählt, würde unter keinen Umständen für Herrn Dippe, den Freund des Wuchertarifs, zu haben sein. Der Reichsverband muß schon ein anderes Plänchen ausbecken, wenn er uns beikommen will.

Naumburg, 24. November. (E. B.) Die „geistigen" Waffen unserer Gegner. Im Kampf gegen die Sozialdemokratie will auch Herr Buchdruckereibesitzer Hünsch, der Vorsitzende des Rabattsparvereins und Pächter der hiesigen Anschlagsäulen, nicht zurückstehen. Bereits voriges Jahr berichteten wir, daß unsere sämtlichen Plakate zehn bis zwölf Stunden nach dem Anschlagen bereits überklebt worden waren — aus Versehen natürlich. Damals mußte Herr Hünsch freilich zu seinem Leidwesen die Plakate nochmals anschlagen, weil wir sie eben für 24 Stunden bezahlt hatten. Diesmal ist Herr Hünsch auf ein besseres Mittel verfallen. Er hat seinen Ankleber (wie dieser zugegeben hat!) beauftragt, unsere Plakate möglichst hoch, an das oberste Ende der Säule anzuschlagen. Aber anständig, wie Herr Hünsch nun einmal ist, hat er das nicht getan, damit niemand unsere Plakate lesen soll, o nein, er hat den Auftrag gegeben, damit die Kinder unsere Plakate nicht zerreißen sollen! Das ist nun allerdings noch nicht oder doch höchst selten vorgekommen, dagegen ist schon öfter vorgekommen, daß unsere Pakate nicht an alle Säulen und Tafeln angeschlagen worden sind. Da wir nicht die Absicht haben, uns Herrn Hünsch aufzudrängen, so wird er schon in Zukunft unser Geld entbehren müssen; aber kennen gelernt haben wir nun den Mittelstandsretter Hünsch zur Genüge und glauben nach dieser Handlungsweise nun auch, was wir früher nicht für möglich hielten, daß nämlich Herr Hünsch einen Druckereibesitzer wegen Druckens von sozialdemokratischen Plakaten beim Landrat denunziert hat — wie der betr. Druckereibesitzer bezeugen kann.

Eisleben, 24. Nov. (Eig. Ber.) Nachklänge vom Sedanrummel. Am 1. Sept. d. J. sollte ein 24jähriger Arbeiter Namens Kühne auf offener Straße Feuerwerkskörper abgebrannt haben. Ein Polizeisergeant wollte deshalb den Namen des Betreffenden feststellen. Der Arbeiter bestritt, der Schuldige zu sein und verweigerte die Namensnennung. Als er nunmehr sistiert werden sollte, setzte er sich zur Wehr, griff den Sergeanten tätlich an und beschimpfte ihn. Bald darauf kam auch der Vater des Arbeiters hinzu und beteiligte sich ebenfalls an den Beschimpfungen. Der Beamte mußte von einer Sistierung Abstand nehmen, folgte aber den beiden nach ihrem Wohnhause. Dort wurde er nochmals angegriffen, so daß er den Säbel ziehen mußte. (?) Wegen dieser Angelegenheit hatte nun der ältere Kühne zwei Wochen Gefängnis erhalten, während sein Sohn mit 40 Mk. Geldstrafe davon kam. Die von beiden eingelegte Berufung wurde verworfen. — Der Sedanrummel ist schon manchem verhängnisvoll geworden. Es wäre wohl besser, wenn die Arbeiter sich an andern Sachen beteiligten, als an diesem patriotischen Klimmim. Nötiger ist es schon.

Düben, 26. November. (E. B.) Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde am Freitag zwischen Düben und Söllgau begangen. Ein zehnjähriges Mädchen wurde von einem Strolch überfallen und gemißbraucht. Dann schlitzte der Unhold dem Kinde den Leib auf. Der Täter ist unbekannt. Schon vor einigen Tagen sind in derselben Gegend Ueberfalle vorgekommen. Einmal handelte es sich um einen Radfahrer, das zweitemal um einen Bauern. Letzterer verprügelte den ihn überfallenden Strolch ganz gehörig.

Crostitz-Hohenleina, 26. November. (E. B.) Kasinoverein und Behörde. Der hiesige Kasinoverein hat vom Genossen Schwarze ein Lokal gemietet und diesen Genossen als Verwalter eingesetzt. Schwarze verabreicht als solcher nun auch Speisen und Getränke an die Mitglieder, ohne aber einen persönlichen Vorteil dadurch zu erzielen. Trotzdem erhielt Sch. vom Amtsvorsteher Schirmer fünf Strafmandate zugesandt, jedes auf 30 Mk. lautend. Sch. beantragte natürlich gerichtliche Entscheidung, aber der Herr Amtsvorsteher kehrte sich nicht daran. Er ließ ruhig, während die gerichtliche Entscheidung schwebte, drei der Strafmandate vollstrecken. Vom Schöffengericht Delitzsch ist Gen. Schwarze nun kostenlos freigesprochen worden! Auf Grund dieser Freisprechung wird Sch. jetzt die ihm durch Strafmandate abgenommenen Summen zurückverlangen.

Herrn Amtsvorsteher Schirmer ist zum zweiten Male im Kampfe gegen den Kasinoverein unterlegen. Unsere Gegner sind freilich äußerst erstaunt über die Freisprechung. Ihnen will es nicht in den Sinn, daß Arbeiter im Kasino ihr Bier in aller Ruhe trinken dürfen. Sie werden es aber nicht ändern!

Den Genossen aber sei die strengste Durchführung unserer Beschlüsse empfohlen. Sie dürfen unter keinen Umständen dort verkehren, wo Arbeiter nicht gern gesehen werden. Wird das vollständig durchgeführt, dann werden auch gewisse Leute bald anders handeln.

Arzberg, 26. Novbr. (E. B.). Kirchliche Toleranz". Ein treffendes Beispiel der „Duldsamkeit" kirchlicher Behörden ist folgender Fall. Der Kirchenrat von Arzberg sah sich durch den Tod eines Kindes veranlaßt, zu einer Sitzung zusammenzutreten. Das gestorbene Kind war nämlich nicht getauft! Der Kirchenrat brachte denn auch glücklich einen Beschluß zustande, der jedenfalls die vielgepriesene Toleranz des Christentums veranschaulichen soll. Es wurde beschlossen, daß nicht getaufte Kinder, Dissidenten und Juden nicht bei den andren Toten beerdigt werden sollen!! Während früher nur Selbstmörder außerhalb der Reihe beerdigt wurden, sollen jetzt, nach deutsch-christlicher Weise, auch Andersgläubige abseits begraben werden. Ist das die Beherzigung der Lehren des Nazareners? Wohl schwerlich, denn Jesus soll ja auch die Sünder und Abtrünnigen geliebt haben. Uns kann es recht sein. Solche Beschlüsse wirken aufreizender als zehn Reden der „roten Hetzer".

Aschersleben, 26. November. Eine Teuerungszulage für städtische Beamte will der Magistrat unserer Stadt bewilligen. Er wird einen desbezüglichen Antrag der nächsten Stadtverordnetensitzung vorlegen. Von einer Teuerungszulage für städtische Arbeiter hat man noch nichts gehört, trotzdem diese wohl schwerer unter der Lebensmittelteuerung zu leiden haben, als die Beamten.

Stadt-Theater.

Mit ziemlicher Gleichmäßigkeit erscheint alljährlich gegen Mitte der Saison die erste Vorstellung aus dem Nibelungen-Zyklus. Da nun die Walküre von allen Nibelungendramen das populärste und unstreitig auch das musikalisch schönste ist, so kommt die Walküre gewöhnlich zuerst, obwohl das Rheingold chronologisch zuerst kommen sollte. Die gestrige Aufführung stand auf beträchtlicher Höhe. Vor allem der musikalische Teil des verstärkten Orchesters. Herr Tittel bewies wieder einmal sein großes Können als Wagnerdirigent. Herr Raven hatte szenisch einige recht hübsche Neuerungen eingeführt, u. a. die Bayreuther Vorhangmanier. Diese kleine äußerliche Neuerung ist dankend zu akzeptieren. Auch der Schluß des 1. Aktes wirkt viel diskreter und natürlicher wie früher, wo die Lappen der ganzen Hundingsbude zusammenstürzten und offenbar Siegmund und Sieglinde erschlagen hätten. Von den Solisten erfreute Herr Gogl als Siegmund durch sein ganzes Auftreten in Spiel und Gesang. Herr Bürstinghaus kann den Wotan ebenfalls zu seinen besten Partien zählen, wie auch Fräulein Stolls Brünhilde eine Perle in der Gesangs- und Darstellungskunst der geschätzten Kraft bildet. Herr Birtholz eignet sich für den knorrigen Hunding vorzüglich. Fräulein Wolf als Sieglinde schien etwas sehr indisponiert. Für unser erkranktes Fräulein Grimm war eine Vertreterin von Leipzig herübergekommen, welche die Frigga temperamentvoll darstellte. Leidlich klappte das außerordentlich schwere Walkürenensemble, welches mit ersten Kräften besetzt war.

M.

Parteinachrichten.

Genosse Dresbach tot.

— **Aus Berlin geht uns die telegraphische Mitteilung zu, daß Genosse Dreesbach gestern bei einem Spaziergange im Forste von Eichwald von Uebelsein befallen worden und bald darauf von einem Herzschlage aus dem Leben gerissen worden ist. Dreesbach hat ein Alter von 62 Jahren erreicht, war seit 1898 Vertreter von Mannheim im Reichstage und gehörte auch dem badischen Landtage an.**

Mit Dreesbach ist ein Veteran der Partei dahingegangen. Er war der erste, der Mitte der siebziger Jahre vom Allgem. deutschen Arbeiterverein als Agitator angestellt wurde.

— **Nicht in Hessen** sondern in der Schweiz hat sich ein sozialdemokratischer Lehrerverein gegründet. In Deutschland sind wir noch nicht so weit.

— **Das Organisationsstatut** für die preußische sozialdem. Partei unterlag einer Diskussion im Charlottenburger Parteiverein. Es wurde bemängelt, daß die geplante Organisation jeder aktionsfähigen Instanz entbehre, offenbar aus Furcht, dem allgemeinen Parteivorstande nicht einen preußischen an die Seite zu setzen. Ueberwiege diese Furcht, so müßte man auf eine preußische Organisation ganz verzichten, wolle man aber eine preußische Organisation haben, so müsse sie auch aktionsfähig gestaltet werden. § 10 müsse deshalb eine Fassung erhalten, wonach der Landesausschuß aus fünf Personen, zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären und einem Mitgliede des deutschen Parteivorstandes bestehen soll. Um Reibungen und Konflikte mit dem deutschen Parteivorstande zu vermeiden, sei ein Paragraph einzufügen, wonach für Fragen, bei welchen die Kompetenz zweifelhaft erscheint, unter Mitwirkung von drei Mitgliedern des deutschen Parteivorstandes die Kompetenz entschieden werden soll. Statt des in § 9 vorgeschlagenen Umlageverfahrens zur Deckung der Kosten sei die Einführung eines regelmäßigen Beitrages für die preußische Organisation zu empfehlen, da dieselbe ohne Verzügung über eigene, wenn auch recht beschränkte Mittel vollkommen aktionsfähig wäre.

— **Strafkonto der Presse.** Genosse Franke von der Dortmunder Arbeiterzeitung wurde vom Schöffengericht zu Dortmund wegen Beleidigung der Martener Gemeindevertretung zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Arbeiterzeitung hatte Kritik geübt, daß die Gemeinde Marten einen Straßenarbeiter, der nirgends mehr Arbeit finden konnte, entließ und damit ins Elend stürzte. Gesuche um Wiederanstellung wurden zurückgewiesen, dagegen Leute, die der Gemeinde nicht angehörten, eingestellt. Ob das Dortmunder Gericht der Meinung ist, daß eine Gemeindevertretung überhaupt nicht kritisiert werden darf? Der bekannte Amtsanwalt v. Dewitz-Kebs hatte Genossen Franke sechs Wochen Gefängnis zugedacht.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Landfriedensbruch** wird heute und morgen in Swinemünde vor dem Schwurgericht wegen der Streikkrawalle im April verhandelt. Die Streitigkeiten spielten sich damals zwischen ausständigen Hafenarbeitern und Streikbrechern von christlich-nationalen Arbeitern ab. Angeklagt sind 14 Personen; 60 Zeugen sind geladen.

§ **Verboten** wurde in Dresden die Aufführung des Revolutionsdramas von Leopold Kampf, Am Vorabend, weil es in sittlicher und religiöser Beziehung Anstoß errege. Der Sozialdemokratische Verein von Dresden-Neustadt wollte es aufführen.

§ **Von Parteileidenschaft verblendete Leute.** Wegen Gendarmenbeleidigung wurde Genosse Th. Müller von der Breslauer Volkswacht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Volkswacht war aus Deutsch-Lissa berichtet worden, daß ein Gendarm anläßlich eines Wirtshausboykotts gegen verschiedene Personen in sehr rigoroser Weise vorgegangen sei. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß er eine Frau an der Brust gepackt und sie beiseite gestoßen hatte, daß er einen Mann am Halse gepackt hatte, daß später die Fingerabdrücke zu sehen waren. Eine zweite Frau ist daraufhin vorzeitig von einem toten Kinde entbunden worden, und gegen den Gendarm schwebt auf ihre Anzeige hin ein Verfahren vor dem Kriegsgericht. Ein Zeuge erklärte, in Deutsch-Lissa hat man sich gewundert, daß die Volkswacht den Bericht „in so schwacher Form gebracht habe." Es sei viel schlimmer gewesen, als in der Volkswacht zu lesen war; aber die Redakteure seien zu vorsichtig und schwächten immer alles ab. Interessant war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0006

aus der Aussage der Frau Ebeling, daß ihr in Deutsch-Lissa von keiner Seite Rat und Hilfe gegen den Gendarm zuteil wurde; schließlich hat sich der Verein Frauenwohl in Breslau ihrer angenommen und sie auf den richtigen Weg für ihr Vorgehen verwiesen.

Der Gendarm und seine Kollegen behaupteten, völlig korrekt gehandelt und nur Angriffe abgewehrt zu haben.

Das Gericht schenkte nur den Beamten Glauben. Zwar seien die Behauptungen durch die Zeugen der Verteidigung als richtig bestätigt, aber diese Zeugen hätten sich als völlig unzuverlässig erwiesen. Diesen von Parteileidenschaften verblendeten Leuten habe der Angeklagte aber Glauben geschenkt. . . .

Es ist die alte Leier: der Beamte ist glaubwürdig, der Bürger, der gegen ihn zeugt, nicht. Und Sozialdemokraten sind zudem „von Parteileidenschaft verblendete Leute", denen man überhaupt nichts glauben darf, wenn sie Beamte beschuldigen. So ist's recht im Deutschen Reiche, dem Lande der „vollendetsten Rechtsgarantien".

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Buchdrucker haben nunmehr nach einer sehr erregten Versammlung den Tarif angenommen, doch haben sie ausdrücklich die Verantwortung abgelehnt.

Bergarbeiterbewegung in Belgien. Im Bezirke Charleroi sind Streiks unter den Kohlenarbeitern ausgebrochen; etwa 1200 Arbeiter sind in den Ausstand getreten. In andern Gruben drohen die Bergarbeiter ebenfalls mit Streik, falls nicht einige entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden.

Gemeindezeitung.

Weißenfels. In der Stadtverordneten-Sitzung am 20. November kamen unter den Eingängen folgende zur Sprache: Die Rektoren der Volksschulen bedanken sich für die Gehalts-Erhöhung. Eine Abschrift des Testamentes des verstorbenen Stadtverordneten-Vorstehers Heyland kam zur Verlesung; die einzelnen Posten, die von Interesse sind, hat das Volksblatt bereits mitgeteilt. Um Gehaltserhöhung ersucht Rektor Pfeifer von der Burgerschule. Lehrer Dinjel hat sein Mandat niedergelegt. Schuhfabrikant Kallenowski beschwert sich in einem Lone, wie er ihn jedenfalls seinen Arbeitern gegenüber anwendet, über den — Ton des Direktors Schmidt vom Elektrizitätswerk und verlangt Beseitigung der Störung, die von den Leitungsdrähten, die an der Schlafkammer seines Dienstmädchens vorbei geht, verursacht wird. Zur Beseitigung des Mangels um den Bismarckturm werden 1000 Mark bewilligt. Die Gesundheitskommission beantragt Anstellung zweier Schulärzte mit je 400 Mark. Es wird eingewendet, daß die Vertragskommission der Aerzte nicht zustimmen wird, da die Summen zu niedrig sind. Stadtv. Braun ist, angesichts der vielen am Orte bestehenden Kassen (!), deren Mitglieder die Aerzte in genügender (!) Weise in Anspruch nehmen, dagegen. Dafür sprach nur Lehrer Barthmann, der einigermaßen Verständnis an den Tag legte. Bei der Abstimmung erhoben sich einige Hände. Die „Arbeiter-Aerzte" Bachmann, Geyer und Schulz stimmten selbstverständlich — dagegen. Das Gesuch der Lehrerschaft, die Anpflanzung des Kinderfestes so zu gestalten, daß ein Jahr die Knaben und das andere Jahr die Mädchen das Fest feiern, wird abgelehnt. Die Gesuche, bei der Reichsregierung wegen der herrschenden Fleischnot vorstellig zu werden, mußten abgelehnt werden, da der Referent, Rechtsanwalt Günther, verreist ist. Gegen diese Verschleppung wandte sich niemand. Eine lange Debatte verursachte der Ausbau der Verbindungsstraße zwischen der Jüden- und Wiesenstraße. Gegenüber dem Magistratsantrag, der auf 12 Meter Breite lautet, beantragt Stadtverordne er Braun 15 Meter. In namentlicher Abstimmung wurden 12 Meter beschlossen. Am Haushaltsplan der Armenverwaltung sind rund 2800 Mark gestrichen. Auf Anfrage des Stadtv. Hiller, warum die Albtriche erfolgt sind, führt der zweite Bürgermeister an, daß unser Wirtschaftsleben sich in aufsteigender Richtung bewegt; außerdem kommt in Betracht, daß die Krankenkassen jetzt 26 Wochen Unterstützung zahlen. Diese Gründe mögen aus innerster Ueberzeugung gesprochen sein, wir zweifeln nicht daran, aber der zweite Bürgermeister ist erst kurze Zeit da und kennt unsere Verhältnisse noch gar nicht. Wir suchen die Gründe darin, daß der Magistrat immer an der verkehrten Stelle zu sparen anfangt. Als letzter Punkt kam eine von Frau Lauter-Richter eingereichte Petition zur Verhandlung. In schwulstiger Weise ersucht sie um Abschaffung der betäubenden Lärm erzeugenden Orgelei bei Jahrmärkten auf dem Hirsemannsplatze. Die Petition ist gepickt mit Ausdrücken wie arbeitsscheues Gesindel, Sittenlosigkeit usw. Beschlossen wird, die Polizei zu ersuchen, die Orgelei auf vier Tage einzuschränken.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Aus dem Inhalt der neuesten Nummer (Nr. 46) der Zeitschrift heben wir hervor Artikel über die Klüngelwirtschaft in Köln und über die Leistungen der liberalen Stadtverwaltung in Kassel. Man muß es sehen, um es zu glauben, — nämlich, wie das Stadtverordnetenkollegium in Kassel zusammengesetzt ist. In einem Artikel der Kommunalen Praxis, der sich mit den Musterleistungen der liberalen Stadtverwaltung in Kassel befaßt, le en wir, daß nicht weniger als 16 Herren im Kasseler Stadtverordnetenkollegium sitzen, die vor ihrem Namen einen Titel mit der Einleitung „königlich preußischer" führen; dazu kommen mehr als ein halbes Dutzend Bauunternehmer, Architekten, Schreinermeister, endlich Fabrikdirektoren, Fabrikanten, Bankiers, Kaufleute, Hotelbesitzer und Rentner. Bei einer solchen Zusammensetzung eines Stadtverordnetenkollegiums, die nur unter dem verrotteten Kommunalwahlrecht in Preußen-Deutschland möglich ist, kann man sich auf allerhand gefaßt machen. An einem Falle in Köln, der ebenfalls in der Kommunalen Praxis ausführlich geschildert worden ist, wird gezeigt, wohin die Klüngelwirtschaft führt. Es steht fest: mit der kommunalen Klassenherrschaft ist die Gefahr einer schlimmen kommunalen Korruption unlöslich verbunden, und wer die Korruption ausrotten will, muß die Demokratisierung der Gemeindeverfassung erstreben.

Die Nr. 47 der Kommunalen Praxis enthält drei Abhandlungen über städtische Arbeiterfragen, die die Beachtung aller Kommunalpolitiker verdienen. Aus dem sonstigen Inhalte auch dieser Nummer heben wir besonders eine Darstellung der Lehrerbesoldungs-Verhältnisse in den preußischen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern hervor.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Konsumverein Zeitz. Der hiesige Konsumverein hat sein fünftes Geschäftsjahr beendet und über dieses seinen Rechnungsabschluß herausgegeben. Es zeigt sich auch bei dem Bericht wieder, daß der Verein auf einer gesunden Grundlage steht und sich stetig fortentwickelt. Der Mitgliederbestand ist gegenwärtig 1686 gegen 1596 des Vorjahres. Es waren im Laufe des Geschäftsjahres 243 neue Mitglieder eingetreten und 123 ausgetreten, bei letzteren sind 38 verzogen, 5 starben, 11 treten auf Veranlassung der Bahnverwaltung aus, also Bahnbeamte, die übrigen sind ohne Angabe von Gründen ausgetreten. Umgesetzt wurden im Geschäftsjahr an Waren für 507 850.65 Mk., also auf jedes Mitglied im Durchschnitt über 301 Mk., die Reinersparnisse betragen 35 785.60 Mark, so daß wieder den Mitgliedern eine Rückvergütung von 7 Prozent geleistet werden kann. Diese 35 785 Mk. würden also, wenn der Verein nicht bestand, Zwischenhändler eingesteckt haben, so aber kommt es zumeist Arbeitern zugute, die das Geld sehr wohl gebrauchen können. Der Verein hat auf all seinen Konten eine den Verhältnissen entsprechende Abschreibung vorgenommen, ebenso 2500 Mk. auf Amortisationskonto übertragen und auch hierdurch für gute Verhältnisse gesorgt. An Gehältern wurden gezahlt 28 820.31 Mk., an Steuern 11 206.92 Mark. Diese Summe mußte infolge der in Zeitz geltenden Gemeinde-Gewerbesteuer gezahlt werden, nach welcher Geschäfte, die verschiedene Warengruppen führen, besonders hoch besteuert werden. Der Verein hat Klage erhoben und wird bestimmt einen Teil der gezahlten Steuern zurückerhalten, denn aber hat er vom 1. Oktober d. J. ab alle Waren ausgeschieden, die nicht zur Gruppe 1 gehören. Hoffentlich schaffen sich die Arbeiter und Arbeiterfrauen für die anderen Waren eine neue Genossenschaft. Das Hausgrundstück, die Bäckerei und Zentrallager nebst Nebengebäuden haben rund 190 000 Mark gekostet. Die Bäckerei hat sehr gut gearbeitet und einen Umsatz an Brot, Weißgebäck, Kuchen 2c. von 113 242.97 Mk. in zehn Monaten erzielt, der Reingewinn ist hier allein neben 6000 Mk. Abschreibungen und Miete und 3000 Mk. Anrechnungen auf das Geschirrkonto, 10 491.80 Mk., also etwa 10,21 Prozent. Die Bäcker, die nur neunstündige Arbeitszeit haben, erhalten selbstverständlich die von der Organisation festgesetzten Löhne, arbeiten also zu Bedingungen, wie wir sie wohl in keinem andern Bäckereibetrieb in Zeitz haben.

Die Verhältnisse im hiesigen Konsumverein sind also gute, sie könnten noch besser sein, wenn die Arbeiterschaft sich noch mehr wie bisher dem Konsumverein anschließen würde und alle Waren, die dort zu beziehen sind, auch entnehmen würde. Es könnten dann Einrichtungen geschaffen werden, die manche Not und manches Elendlinderkönnten. Der Konsumverein kann der Rückenhalt für die Arbeiter werden, wenn diese ihn dazu gestalten wollen. Tretet also bei, Arbeiter, es ist nur zu Eurem und Eurer Familie Nutzen!

Wir können noch anfügen, daß die Generalversammlung am Buztag den Geschäftsabschluß voll und ganz gebilligt hat, ebenso den Bauabschluß und auch die Genehmigung zu letzterem debattelos aussprach. Auch die Geschäftsanweisungen und Verträge wurden ohne Diskussion angenommen, bei allen diesen Abstimmungen herrschte Einstimmigkeit. In den Aufsichtsrat wurden wieder gewählt die Genossen Wolf und Hans, und an Stelle des Genossen W. Gerhardt, der infolge seines Arbeitsverhältnisses die Wiederwahl leider ablehnen mußte, der Genosse Koellet, der schon früher dem Aufsichtsrat angehörte. Die ruhige und sachliche Art, in der alle Diskussionen geführt wurden, die Klarheit, die sich bei Wünschen und kleineren Beschwerden geltend machten, zeugen alle von dem ernsten Bestreben der Mitglieder, ihren Verein zu einem der besten zu gestalten. Der Konsumverein wird also seinen Zweck erfüllen im Interesse aller seiner Mitglieder. Immer vorwärts!

Döllnitz, 24. Novbr. Konsum-Verein. Am Mittwoch, den 21. Novbr., tagte im Gasthofe zum Palmbaum die General-Versammlung des Konsumvereins für Döllnitz und Umgegend. Die überaus umfangreiche Tagesordnung zeigte, daß in der Verwaltung und unter den Mitgliedern des Vereins ein sehr reges Leben herrscht und beide bestrebt sind, jederzeit die Interessen des Vereins zu fördern. Besonders zu begrüßen ist es, daß in Zukunft bei Wareneinkäufen mehr und mehr die Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsum-Vereine berücksichtigt werden soll, um diese für das gesamte Konsum-Vereinswesen so wichtige Institution auch für unsere Mitglieder nutzbar zu machen. Die Arbeiterschaft von Döllnitz und Umgegend muß bestrebt sein, Mann für Mann dem Vereine beizutreten und den Geist des Vorwärtsstrebens zu unterstützen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde ein Antrag angenommen, am 2. Dezbr. für die Mitglieder des Vereins ein geselliges Vergnügen im Vereinslokale, Gasthof zum Palmbaum, abzuhalten.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die findige Polizei. Die Berliner politische Polizei hat wieder einmal einen großen Fang getan. Infolge der Anzeige einer Erzieherin verhaftete man einen jungen Russen, weil er mit andern Russen zusammen — Bomben fabriziert haben sollte. Großartige Vorbereitungen zu einem Attentat (auf wen denn?) deckte man auf. Jetzt kommt aber die Mitteilung, daß die ganze Geschichte weiter nichts ist als eine — Blamage der Polizei. Man hat eben wieder einmal daneben gegriffen.

— Auf der Jagd angeschossen. Während einer Schnitzeljagd angeschossen und schwer verletzt wurde von einem Teilnehmer der Leutnant v. Wagenhoff vom 2. Garde-Regiment. Außer dem Leutnant, dem 38 Schrotkörner in den Rücken gedrungen sind, wurde zwar keiner der Reiter getroffen, doch sind noch drei von den Pferden leicht verletzt worden.

Posen. Liebesdrama. Der 19jährige Kaufmann Wardinski gab auf seine Geliebte Trawinski, eine dreizehnjährige (!) Schülerin, weil deren Eltern das Verlöbnis des jungen Paares mißbilligten, drei Revolverschüsse ab. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und trank außerdem noch Gift. Beide sind lebensgefährlich verletzt.

Berlin. Wegen Steuerhinterziehung steht der Großschlächter Kersten nebst zwei Steueraufsehern und einem Lagerausseher unter Anklage. Kersten war Vorsitzender der 1902 gegründeten Berliner Häuserbewertungs-Gesellschaft, und hatte nach der Klage fast zwei Millionen Kilo Salz, das denaturiert werden mußte, nicht denaturiert verwendet. Die beiden Steueraufseher sollen sich haben bestechen lassen. Die hinterzogene Steuer beträgt 181 272 Mark. Das Vierfache soll an Strafe gezahlt werden, also 725 088 Mark. Es müssen etwa 30 Zeugen vernommen werden.

Berlin. Dem „Hauptmann" von Köpenick, Schuhmacher Wilhelm Voigt, ist jetzt die Anklage zugegangen. Die Staatsanwaltschaft hat den Standpunkt, daß sich Voigt der räuberischen Erpressung schuldig gemacht habe, verlassen. Die Anklage lautet außer auf Betrug und Urkundenfälschung nur auf Amtsanmaßung, unbefugtes Tragen einer Uniform und Freiheitsberaubung. Für diese Straftaten ist die Strafkammer, und zwar die dritte des Landgerichts II, zuständig. Die Verteidiger haben die Vorladung einiger Zeugen beantragt, die die Behauptung des Angeklagten bestätigen sollen, daß ihm die Möglichkeit, zu arbeiten, durch die polizeilichen Aufsichtsmaßregeln mehrfach genommen worden sei.

Karlsruhe. Ein Sozialistenfresser. In Nöttingen (Baden) kam der Militärvereinsvorstand Leonhardt mit einem unserer Parteigenossen in Streit und biß ihm ein Stück aus der Oberlippe. Wahrscheinlich hat diese Ordnungssäule die letzte Nummer des Militärvereins Blattes gelesen, in der gegen die Sozialdemokraten scharf gemacht wurde und kam auf den Gedanken, den Rekord als Sozialistenfresser zu erreichen und mal einen „aufzufressen."

Bremen. Frei von Sozialdemokraten! Die Bremer Nachrichten bringen folgendes interessante Inserat:

> Großes massives Haus als Zigarrenfabrik oder Filiale sehr geeignet, sofort billig zu verkaufen. Arbeitslöhne spottbillig. — Frei von Sozialdemokraten.
>
> Kröger, Rechnungsrat zu Warburg, Westfalen.

Frei von Sozialdemokraten! Deshalb werden auch wohl die Arbeitslöhne „spottbillig" sein. Durch das Inserat wird treffend bewiesen, daß es nur die Sozialdemokraten, d. h. organisierte Arbeiter sind, die eine Besserung der Löhne durchsetzen.

Vermischtes.

* **Der Zusammenstoß der Dampfer Orinoco und Kaiser Wilhelm.** Der Lotse des Orinoco behauptet, daß der Kaiser Wilhelm der Große 18 Knoten vor der regulären Hafeneinfahrt falschen Kurs genommen habe, und daß hierdurch der Zusammenstoß der beiden Schiffe erfolgt sei. Als nämlich der Kaiser Wilhelm der Große den Orinoco in Sicht bekommen habe, da habe er dem englischen Fahrzeug den Kurs abschneiden und ihm zuvorkommen wollen. Der Kapitän des Orinoco bemerkte die Gefahr eines Zusammenstoßes sofort und ließ Gegendampf geben. Obwohl so die Fahrgeschwindigkeit des Orinoco verlangsamt wurde und auch Warnungssignale an das deutsche Schiff abgegeben wurden, blieb der Zusammenstoß unvermeidlich.

Wie der Kaiser die Geburt seines Enkels erfuhr. In der heutigen Zukunft erzählt Maximilian Harden, wie der Kaiser die Geburt seines Enkels erfuhr: Die Kronprinzessin hat ihrem Mann einen Knaben geboren. Den Kaiser, der auch diesmal der erste Gratulant sein möchte, hat auf der Hochsommerreise die frohe Kunde noch nicht erreicht. Als er in Bergen landet, kommt Herr Oskar Stuebel, der beim norwegischen König beglaubigte Gesandte des Deutschen Reiches, mit dem Konsul an Bord der Hamburg. Herr Stuebel, der an dem Abschluß schlechter Verträge und an mancher andern tropischen Torheit mitschuldig ist, hat, seit die Kolonialskandale die Welt mit Lärm und Stank erfüllen, den Monarchen nicht mehr gesehen und am furchtbaren Tag des Gerichts nun das Köpfchen verloren. Trotz der Vorbildung als Mathematiker und Jurist zittert er vor der ersten Begegnung mit dem Allmächtigen, der ihn seligsprechen und verdammen kann. Wird aber gnädig empfangen und, mit seinem Begleiter, zur Mahlzeit geladen. Als das Tischgespräch einen Augenblick stockt, sagt der Konsul:

„Der reiche Flaggenschmuck der Stadt wird Euer Majestät gezeigt haben, welchen Anteil die Bevölkerung an der Geburt Allerhöchstihres Enkels nimmt. . . ."

Der Kaiser schlägt mit der Faust auf den Tisch, daß die Teller und Gläser klirren. „Enkel?! . . Eulenburg!" Und zu dem neben ihm sitzenden Gesandten: „Mann! Und das erfahre ich jetzt erst!" Alles blickt entsetzt auf den armen Oskar. Der ist weiß wie das Tischtuch, schlottert in seinem Galakleid und stammelt endlich: „An Land liegen auch schon sehr viele Depeschen." Wilhelm wird dunkelrot, springt auf, befiehlt allen, sitzen zu bleiben, läuft in sein Rauchzimmer und dämpft bei der Zigarette langsam den Zorn. In aller Hast muß ein Bote die Depeschen holen. Ungefähr vierhundert sind's; noch nicht einmal sortiert. Obenauf liegt der Glückwunsch, den Freund Abdul Hamid geschickt hat. Die Hoflingsschar im Kreise bebt noch von der Erregung. Doch der Kaiser ist schon wieder bei gutem Humor, nimmt ein Depeschenformular und schreibt schnell an den Kronprinzen: „Erfahre soeben durch den Sultan, daß Dir ein Sohn geboren ist." Und so weiter. Würdigt Herrn Stuebel aber keines Blickes mehr und läßt keinen Zweifel darüber, daß diesem Mann das Todesurteil geschrieben und unterzeichnet ist. Der Unselige muß an Bord bleiben. Niemand spricht mit ihm, Allen ist er Luft. Und während das Schiff nordwärts schlingert, dann stampft, hat er zum Nachdenken Muße und lernt erkennen, daß die eine Versäumnis ihm mehr geschadet hat als alle Sünden, die er als Direktor der Kolonialabteilung ungesühnt ließ.

* **Zug-Zusammenstoß.** Auf dem Bahnhofe von Bourges (Frankreich) erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzuge. Die letzten drei Wagen des Personenzuges entgleisten, 15 Passagiere wurden mehr oder minder schwer verletzt.

* **Die Brüder der Nacht!** Großes Aufsehen erregt in Kopenhagen die Verhaftung einer großen Anzahl Männer, die einem Verein, der den Namen Die Brüder der Nacht trägt, angehört haben. Es handelt sich um homosexuelle Perversitäten. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere bekannte Kopenhagener, auch einer der höheren Beamten der Geheimpolizei.

Die Politik in Sprüchen.

Aus dem „Sprichwörterbuch" von Franz Frhr. v. Lipperheide.

Mit Schweigen, Neffe, treibe Politik! Shakespeare.

*

In der Politik ist der schlimmste Entschluß der, keinen Entschluß zu fassen. K. Sal. Zach. v. Lingenthal.

*

Das erste Gesetz der Politik war schon von Anbeginn: „Ich will!" Karl Jul. Weber.

*

In der Politik heißt drohen, ohne zu treffen, so viel, als sich eine Blöße geben. Lamartine.

*

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln. Macaulay.

*

Es ist in der Politik immer so, als wenn man mit unbekannten Leuten in einem unbekannten Lande geht; wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, so zieht der andere seinen Revolver schon. Bismarck.

*

Denn Politik, seggt de Bür (der Bauer), is anners seggen as dön. Hamburger Sprichwort.

Letzte Nachrichten.

Generalstreik in Italien.

Mailand, 26. November. Die Delegiertenversammlung der Kaufleute und Hafenarbeiter der Hafenstädte beschlossen gestern in einer Versammlung in Genua einstimmig den Generalstreik in allen italienischen Hafenstädten vom 27. ds., dem Tage der Eröffnung des Parlaments, zu eröffnen, zum Protest gegen die auf den italienischen Bahnen herrschende Unordnung.

Pforzheim, 26. November. Aufsehen erregt die Verhaftung des Agenten Mieser in Karlsruhe und des hiesigen Häuserspekulanten Rau wegen Wechselfälschung und Beihilfe dazu.

Zürich, 26. Nov. Eine von etwa 7000 Angestellten und Arbeitern der Bundesbahnen besuchte Versammlung forderte von der Verwaltung die Gewährung einer Teuerungszulage und Revision der Arbeitszeit.

Genua, 26. November. Die Zollbeamten des Güterbahnhofs beschlossen, ihre Tätigkeit bei der Zollabfertigung einzustellen, wenn man ihren Forderungen nicht entgegenkomme.

New York, 26. November. In Hamilton kam es zwischen Miliztruppen und Streikenden zu einem Zusammenstoß, wobei die Waffe gebraucht wurde. 50 Personen erlitten Verwundungen.

Quittung.

Für die Verunglückten am Volksparkhau.

Bisher quittiert	2518.80 M.
Gebauer-Schwetschkesche Buchdruckerei	6.40 „
Summa:	2525.20 M.

H. Tabert.

Tour Distrikt 3a 23.80 M. H. Tabert.

Für Parteizwecke:

Durch Braudt 0.50 M.
Durch Oertel-Ammendorf 11.65 M.
Durch Bernhardt-Ammendorf 2.30 M.

H. Tabert.

Verantwortlicher Redakteur: K. W.: A. Molkenbuhr in Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190611 27-14/fragment/page=0007

Zur Bequemlichkeit meiner verehrten Kundschaft habe ich

für Halle und Umgebung eine

Verkaufs-Niederlage bei Wilh. Münster, Marktplatz 24

errichtet.

Hochachtungsvoll

Aug. Stukenbrok.

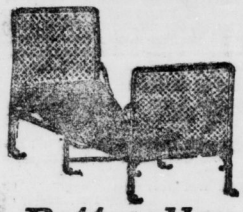
Erstes und grösstes Fahrradhaus Deutschlands.

Saftfliessende fette pikante **Schweizer-Käse**

Pfund **80** Pfg.

F. H. Krause

Gr. Ulrichstr. 44 | Thomasiusstr. 4
Leipzigerstr. 16 | Steinweg 24
Alter Markt 18 | Bornburgerstr. 16
Gr. Steinstr. 39 | Burgstr. 7
Landsbergerstr. 10 | Reilstr. 111



Bettstellen
Stück von 4.50 Mk. an.
Matratzen
Stück von 4.50 Mk. an.
1 Gebett
komplett u. gefüllt 12.50 Mk.

Kinderbettstellen
weiss lackiert, v. 11.50 M. an.
Hamb. Engros-Lager
Leopold Nussbaum,
Gr. Ulrichstraße 60/61.

Nordsee-Halle.

Wir empfehlen für
Dienstag früh
extra frisch
aus heute eingetroffenen Dampfern unserer Flotte:
Alle Arten Seefische
zu billigsten Tagespreisen.
Besonders preiswert:
Seelachs ohne Kopf Pfund **25** Pf.
„Nordsee-Halle"
der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee.
Telepb. 1275. Gr. Ulrichstr. 58. Telepb. 1275.

Die deutsche Sozialgesetzgebung.
Invaliden-, Unfall- und Kranken-Versicherung.
Erläutert an praktischen Erfahrungen
vom Arbeiter-Sekretär **M. Güldenberg**, Halle a. S.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

Waschgefäße
dauerh., billig. **Zander**, Gr. Klausstr. 12.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Kl. Militärschuhe für Knaben, sehr dauerhaft, im ganzen und einz. verkauft billig
Hennicke, Kl. Ulrichstr. 16.

Arbeiter, Parteigenossen!

Unter dieser Ueberschrift bringt Herr **Otto Knoll, Leipzigerstraße 36,** im Inseratenteil des gestrigen Volksblattes eine Geschäftsempfehlung, wonach man annehmen könnte, das Genannter mit unseren Parteiinteressen sehr verbunden sei.

Nach meinem Wissen ist **Herr Knoll bis dato** noch nicht zu unseren Parteigenossen zu zählen gewesen und wird derselbe auch weiter sein kapitalistisches Interesse für sich in Anspruch nehmen.

Unterzeichneter bittet die Leser dieses Blattes, sich nicht durch solche Lockungen irre führen zu lassen, sondern ihren Bedarf an Garderoben nur bei den bekannten wirklichen Parteigenossen zu decken zu suchen, welche lange als leistungsfähige Schneidermeister bekannt sind.

J. A.: **C. Wagner**, Unterberg 8.

Amerikanische Aepfel, Apfelsinen,
Obst aus der Umgegend in bestrenommierbaren Qualitäten,
Südfrüchte,
Nüsse, Feigen usw. in bekannter Auswahl.
Firma Robert Semmler,
Halle a. S. Nikolaistr. 8.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl

Neu! Neu!

Jena und Tilsit.

Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte von **Franz Mehring.**

Das historisch wertvolle Werkchen Mehrings hat drei Teile:

1. **Der altpreußische Staat** (Junkerherrschaft, Militarismus unter dem alten Fritz u. sein. Neffen Fr. Wilhelm II.).
2. **Die französische Revolution** Folgen derselben für Preußen und Oestreich, Kreuzzug gegen die Revolution, Drei-Kaiser-Schlacht bei Austerlitz, Der Rheinbund).
3. **Die Katastrophe** (Die Doppelschlacht bei Jena und Auerstädt am 14. Oktober 1906, Napoleon in Berlin, Der Tilsiter Friede).

Jena und Tilsit umfaßt 120 Seiten, ist kartoniert und zum Preise von **1 Mk.** zu beziehen durch **alle Austräger** u. **die Volks-Buchhandlung, Halle** Harz 42/43.

Ansichtspostkarten
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Makulatur
verkauft
Volksblatt-Druckerei.

Heute morgen 2¼ Uhr entschlief nach längerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter Frau verw.

Julie Hagenbüchner
geb. Sachse

im 75. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2). 24. Nov.

Aufgeboten: Metalldreher Wießner und Emma Kölzsch (Schmiedestraße 32 und Ackerstraße 1). Kaufmann Kreuter und Doris Tränkner (Halberstädterstraße 4 und Sophienstr. 10). Schlosser Fröhlich und Martha Böhme (Halle und Werben). Bergarbeiter Buhle u. Luise Topfmeier (Kalbe a. S.)

Eheschließungen: Arbeiter Wege und Anna Pertsch (Steg 17). Arbeiter Meze und Emma Kummer (Büschdorferstraße 1). Arbeiter Heydland u. Emma Schreiber (Rud. Haymstraße 6 und Thüringerstr. 28). Postbote Windorpski und Alma Hellriegel (Südstraße 19 u. Großkorbetha). Geschirrführer Gräbe und Anna Hoen (Kleiner Sandberg 1 und Heinrichstraße 15). Maurer Tauchnitz und Friederike Wolter (Zscheckau und Königstraße 11).

Geboren: Wächter Schlick Sohn (Kleiner Sandberg 17). Hausdiener Leieberg S. (Friesenstraße 2). Eisendreher Pötschke S. (Ludwigstraße 10). Kernmacher Lönnecker T. (Kaulenberg 3). Former Hänzich T. (Torstraße 20). Pferdeknecht Muttschall S. (Klinik). Wagenwärter Marrs S. (Freimfelderstraße 17). Bahnarbeiter Dehne T. (Ludwigstraße 7). Handelsmann Schroeder T. (Unterplan 5). Schreiber Egemann S. (Beesenlaustraße 3).

Gestorben: Bahnarbeiters Lehmann S., 3 J. (Klinik). Bergmanns Köhler S., 3 J. Bäckers Schulze S., 3 Wch. (Friesenstr. 4). Maurers Winter T., 1 J. (Ludwigstr. 4). Landwirts Römicke T., 11 J. (Klinik). Arbeiter Rennecke (Bergmannstrost).

Halle (Nord), Burgstr. 38, 24. Nov.

Eheschließungen: Metalldreher Wernecke und Anna Heise geb. Giese (Feldstraße 4).

Geboren: Milchhändler Bergholz S. (Advokatenweg 31). Bäcker Stolze T. (Reilstr. 45a.)

Gestorben: Rentiere Heidenreich geb. Braune, 84 J. (Friedrichstr. 15). Schneidermeister Franke, 59 J. (Hermannstr. 26). Steuereinnehmer a. D. Portius, 86 J. (Lessingstraße 28a). Tischlers Kittler aus Roitzsch T., totgeb. (Gütchenstr. 19).

Die aus der

Riesen-Bazar-Konkursmasse

herrührenden Waren und andere Waren werden, um schneller zu räumen, in

3 Spezial-Tagen,

Dienstag den 27. Nov. **Glaswaren,**
Mittwoch „ 28. „ **Porzellan,**
Donnerstag „ 29. „ **Emaille** (1 Pfd. **10** Pf.) **u. Steingut**

zu jetzigen **Tax-Preisen** ausverkauft.

Schmeerstrasse 1. **Schmeerstrasse 1.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 276. Halle a. S., Dienstag den 27. November 1906. 17. Jahrg.

An die Parteigenossen Preußens!

Der preußische Parteitag des Jahres 1904 hat die Parteigenossenschaft Groß-Berlins mit dem Auftrage betraut, im Jahre 1906 einen

zweiten preußischen Parteitag

zu berufen.

Indem wir dieser Pflicht nachkommen, bitten wir die Genossen Preußens, diese am

Donnerstag, den 27. Dezember, früh 9 Uhr,

in **Berlin** in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, stattgehabte Tagung durch Delegierte zu beschicken. — Für die Erledigung der Geschäfte sind Donnerstag, der 27., Freitag, der 28., und Sonnabend, der 29. Dezbr. in Aussicht genommen.

Gemäß weiteren Beschlusses des preußischen Parteitags 1904, den Entwurf einer Landesorganisation für das Königreich Preußen auszuarbeiten, haben wir uns dem unterzogen. Die Veröffentlichung des Statuts ist in Nr. 257 des Vorwärts erfolgt.

Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen:

1. Die Organisation für Preußen. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und das Wahlrecht in Preußen. Referent Genosse Eduard Adler-Kiel.
3. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent Reichtagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
4. Die Landtagswahlen 1908. Referent Genosse Dr. Leo Arons.

Alle Anfragen bezüglich des preußischen Parteitages sowie die Anmeldung der Delegierten sind an den Mitunterzeichneten Leopold Liepmann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Mit Parteigruß!

J. A.:

Eugen Ernst. Emil Boeske. Leop. Liepmann.

Aus dem Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier.

Für ungeheuer dumm werden die Arbeiter manchmal noch von Werksbeamten und sogar höheren Beamten betrachtet. Das hat sich verschiedentlich bei den Verhandlungen gezeigt, welche zwischen den von den Arbeitern gewählten Kommissionen und den Werksvertretern aus Anlaß der eingereichten Lohnforderungen stattfanden. Die Herren sagten, es wäre ihnen nicht möglich, höhere Löhne zu bewilligen, da sonst die Werke bald Bankrott (Hört!) machen würden. Als dann die Arbeitervertreter auf die von Jahr zu Jahr steigenden Dividenden hinwiesen, wonach ein Bankrott durchaus nicht zu befürchten sei, erklärten die Werksbeamten ruhig, diese angegebenen Prozente verständen sich nicht als Ueberschuß vom Hundert sondern auf die Gesamthöhe einer Aktie. Mit denselben Geschichten wurde ja schon während des Streiks im Frühjahr von seiten der Riebeckschen Werksbeamten operiert. Daß heute jeder zehnjährige Volksschüler weiß, daß Prozent vom Hundert und nicht von 250 oder 400 heißt, sollten doch auch die Beamten wissen, welche bessere Schulen besucht haben. Mit solchen Argumenten erzielen die Beamten ja doch nur Heiterkeitserfolge bei den „dummen" Arbeitern. Doch wir wollen als Schulbeispiel den Jahresbericht der Riebeckschen Montanwerke anführen, um den Beweis zu erbringen.

Diese Aktiengesellschaft hat ein Aktienkapital von 12 000 000 Mark. Im letzten Geschäftsjahr ist ein Bruttoüberschuß von rund 3 000 000 Mark erzielt worden, gleich 25 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Hiervon gehen ab für Geschäftsunkosten, Steuern, Assekuranzprämien, Zinsen, vertragsmäßige Tantiemen, Gehälter, Gratifikationen, Brandschaden, Bohrversuche, Effektenverlust, Bahnanschlüsse und Abschreibungen 1 873 450 Mk. Es verbleibt sonach ein Reinüberschuß von 1 665 129 Mk., oder fast 14 Prozent des Aktienkapitals. Von diesem Reinüberschuß gehen noch ab: Tantiemen an den Aufsichtsrat, Ueberweisung an die Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse, für die Verunglückten in Courrieres, Zuweisung an den Extrareservefonds und Vortrag auf neue Rechnung 225 129 Mk., so daß zur Verteilung an die Aktionäre 1 440 000 Mk. gelangen, das sind, wie jedes Kind ausrechnen kann, 12 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals von 12 000 000 Mk. Wie es bei dieser Aktiengesellschaft ist, so ist es natürlich auch bei den anderen. Ob die Beamten nun immer noch nicht begriffen haben, daß Prozent stets vom Hundert heißt? Jedenfalls werden sie sich weiter bemühen, den Bergarbeitern klar zu machen, daß die Prozentberechnung der Aktiengesellschaften eine andere ist als die sonst übliche. Die Profitrate erscheint nicht so hoch, wenn man die Rechnung etwas verdreht. Uns kann es ja gleich sein, in welcher Weise sich die Herren lächerlich machen wollen. Ein Bergarbeiter glaubt derartiges unsinnige Zeug doch nicht.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung. Sonnabend, den 23. November, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die erste Lesung der Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird fortgesetzt.

Abg. **Schickert** (kons., auf der Tribüne fast unverständlich) scheint sich für den Entwurf auszusprechen, weil derselbe genügende Garantien gegen Mißbrauch zu bieten scheine.

Abg. **Bassermann** (natl.): Der Gesetzentwurf ruft viele Bedenken bei uns hervor, die durch die sachverständigen Ausführungen Legiens noch verstärkt worden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch die Sprache, in der die Vorlage und namentlich die Motive abgefaßt sind, läßt viel zu wünschen übrig. Aus den Motiven tritt an manchen Stellen ein kleinlicher Polizeigeist hervor. (Sehr richtig! bei den Soz. Graf Posadowsky schüttelt mit dem Kopf.) Das Koalitionsrecht wird von dem Entwurf gar nicht getroffen, sondern nur das Recht der Berufsvereine wird geregelt. An dem Fehlen des Koalitionsrechts der Landarbeiter und Eisenbahner wird durch die Vorlage nichts geändert. Ein Zwang zur Eintragung besteht nicht. Das mindert die Bedeutung des Entwurfs für seine Freunde wie für seine Gegner. Die Bedingungen, an die die Eintragung geknüpft ist, sind so, daß ich als Anwalt einem Berufsverein abraten würde, sich eintragen zu lassen. (Hört, hört! links.) Wenn etwa die Absicht besteht, die zukünftigen Arbeitskammern ausschließlich auf die eingetragenen Vereine zu basieren, so wird das der Reichstag zu verhindern suchen. (Widerspruch bei den Soz.) Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und gemäßigte Sozialpolitiker wie Prof. Franke sprechen sich mehr oder minder ablehnend gegen den Entwurf aus. Ich neige dazu, dem Abg. Legien Recht zu geben, wenn er im Gegensatz zu Herrn Trimborn die Erweiterung der Rechte der Berufsvereine durch die Vorlage als minimal bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der engherzigsten Weise sucht man die Berufsvereine auf die Erörterung der inneren Berufsangelegenheiten einzuschränken. Die Bestimmungen über die Mitgliederliste können geradezu ein Spitzeltum hervorrufen, und mit den Bestimmungen des § 15 über die Entziehung der Rechtsfähigkeit kann man jeden Bergarbeiterstreik im Keime ersticken. In der jetzigen Fassung scheint mir die Vorlage unannehmbar. Hoffentlich gelingt es der Kommission, ein brauchbares Gesetz zustande zu bringen. (Beifall bei den Natl. und links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ueber die Vorlage sind eingehende Verhandlungen im Bundesrate, sowie mit sämtlichen preußischen Ressorts gepflogen worden (Zuruf bei den Soz.: Leider!), um die preußischen Stimmen im Bundesrat für den Entwurf zu gewinnen. Ueber Einzelbestimmungen wird sich in der Kommission reden lassen; ich hoffe, dort den Herren von der Linken viele rechtliche und tatsächliche Irrtümer nachweisen zu können. Bei einer so schwierigen Materie leidet leicht die Klarheit der Sprache; ich werde mich aber freuen, wenn man eine bessere Fassung findet. Das Gesetz, weit entfernt, ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter zu sein, ist vielmehr eine Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch, die gegenüber den Bestimmungen des Privatrechts die Stellung der Berufsvereine bedeutend verbessert. — Es ist falsch, die gesamte Arbeiterbevölkerung und auch die gesamte Sozialdemokratie als einen Block zu betrachten. Innerhalb der Arbeiterbewegung gibt es sehr viele und sehr tiefgehende Unterschiede, die man mit den schönsten Versöhnungsreden in öffentlichen Versammlungen nicht beseitigen kann. Eine staatserhaltende Regierung muß bestrebt sein, die Elemente in der Arbeiterschaft, die die Neigung haben, sich auf den Standpunkt der bestehenden Staatsordnung zu stellen oder bewußt auf diesen Standpunkt stehen, zu schützen und zu fördern, damit die Arbeiterbewegung die nebelhaften Träume des Zukunftsstaates fallen läßt und sich auf die Vertretung ihrer berechtigten Berufsinteressen beschränkt. (Bravo! im Zentrum.) Eine Regierung, die jede Arbeiterbewegung bekämpft, handelt gegen die wohlverstandenen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft. Während die Aufhebung des Koalitionsverbots politischer Vereine nur formal die Landesvereinsgesetzgebungen berührte, bedeutet dieser Gesetzentwurf den ersten Schritt zu einer einheitlichen Reichsvereinsgesetzgebung und die Grundlage für ein Reichsarbeiterrecht. Das ist um so wichtiger, als unzweifelhaft die Landesgesetzgebung in Sachen des Vereinsrechts so lange souverän bleibt, als der provisorische Charakter des Artikels 4 der Reichsgesetzgebung noch nicht in ein Reichsvereinsgesetz umgesetzt ist. Man hat moniert, daß nur engere Berufsgenossen Mitglieder der eingetragenen Vereine sein können. Man konnte aber nicht der Regierung zumuten, ein Gesetz zu schaffen, welches den Berufsvereinen politische Betätigung gestattet. Die Vorlage macht die Betätigung der Solidarität nicht unmöglich, soweit gleiche oder verwandte Berufsinteressen in Frage kommen. Das muß allerdings die Voraussetzung bleiben. (Zuruf bei den Soz.: Wer entscheidet das?) Was die Kontrollbestimmungen betrifft, so stehen die Aktiengesellschaften und Genossenschaften unter einer viel schärferen Kontrolle. Die Vorschriften über die Mitgliederverzeichnisse schikanös zu handhaben, liegt ganz gewiß nicht in der Absicht der Behörden. — Daß etwa alle 300 000 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sich zur Generalversammlung auf offenem Felde versammeln müssen, wird natürlich von keinem Paragraphen der Vorlage verlangt; für solche Zwecke finden eben Delegiertenwahlen der Ortsgruppen statt. Wenn verschiedene Vereine durch die Vorlage zur festeren Organisation veranlaßt werden, so kann ich das nur begrüßen. — Man hat ferner sogar die Haftpflicht angegriffen. Aber die Haftpflicht ist allgemein geltendes Recht, und ich verstehe nicht, wie die Herren, die immer die Gleichheit im Munde führen, ein Privileg für die Arbeiterschaft fordern können. Die Regierung wird jedenfalls zur Schaffung eines solchen Privilegs nicht ihre Hand bieten. — Redner sucht weiter die Bestimmungen des Entwurfs über die außerordentlichen Beiträge zu rechtfertigen. — Von einem Ausnahmegesetz kann ja auch schon darum nicht gesprochen werden, weil ein Zwang für Eintragung nicht vorgesehen ist. Schrieb doch ein sozialdemokratisches Blatt: Wenn einem Berufsverein die Rechtsfähigkeit genommen wird, so wird er sich kein graues Haar darüber wachsen lassen. Die Arbeiter und die Unternehmer haben das gleiche wirtschaftliche Interesse. (Lachen bei den Soz.) Es ist eine falsche Auffassung, jeden Unternehmergewinn als unberechtigten Profit hinzustellen. **Wenn es keine Unternehmer gäbe, so gäbe es keine Arbeit.** (Schallendes Gelächter bei den Soz.) Mit der industriellen Prosperität hat sich die Lebenshaltung auch der Arbeiter unzweifelhaft gehoben. (Zuruf bei den Soz.: Zolltarif!) Es ist eine ganz schiefe Darstellung, diese Vorlage als ein Unternehmerschutzgesetz darzustellen. — Es war viel die Rede von der Ausnahmebestimmung für die Eisenbahner. Herr Rouvrier, liberaler Minister einer Republik, erklärte in der französischen Kammer: Allen Angestellten das Recht des Aus-

Kleines Feuilleton.

Einen schweren Verlust haben die östreichischen Parteigenossen zu verzeichnen. Am Sonntag nacht ist in Wien der Genosse Emil Kralik, Sonntagsplauderer und Redakteur der Wiener Arbeiterzeitung und des politischen Witzblattes Glühlichter, gestorben. Seine prächtigen Satiren, die er unter „Habakuk" schrieb, haben ihn allgemein bekannt gemacht. Kralik hatte sich vom Setzerlehrling zum Redakteur herangebildet. Er war als Schriftsetzer viel gereist, sprach dänisch und das Französische wie ein geborener Pariser. Er hat verschiedene Arbeiten übersetzt, und den ausgezeichneten dänischen Dichter Ewald hat Kralik als der erste durch Uebersetzung zugänglich gemacht. Mit vielen Kenntnissen — er war insbesondere ein genauer Kenner der gewerkschaftlichen Fragen und in sozialpolitischen Dingen ungemein geschult — verband er eine sehr hoch reichende literarische Bildung.

Ueber seine literarische Tätigkeit schreibt die Wiener Arbeiterzeitung: „Unser Kralik hatte die seltene und herrliche Gabe des Humors und die noch viel seltenere Fähigkeit, seinen Humor andern mitzuteilen. Es war ein Stück echte Kunst in seinen Skizzen, ein Stück bestes Wienertum. Als Schriftsteller stammt Kralik von Ferdinand Sauter her, den er so liebte, und von Friedrich Schlögl, und auch ein Großer, Ferdinand Kürnberger, ist nicht weit von seiner literarischen Wiege gestanden. Aber der grimmige Kampf gegen das Wiener Spießbürgertum gewann bei Kralik eine neue Seite. Was bei den alten Satirikern des Wiener Bürgertums Selbstironie war, selbstzersetzende Kritik seines Zustandes, den sie als unabwendbares Verhängnis empfanden, wurde bei Kralik Kritik des Wiener Kleinbürgertums von einem positiven Standpunkt aus, vom Standpunkt des Proletariers. Wenn seine Alten bloß verneinen konnten, so vermochte Kralik auch ein großes Ideal zu bejahen." An Kraliks Bahre trauert seine Frau, eine Tochter von sechzehn und ein Sohn von vierzehn Jahren. Männer wie Kralik zeigen, was für Kräfte in der Masse des Proletariats schlummern.

J. J. David, die knorrigste dichterische Persönlichkeit der Wienerstadt, wie ihn die Wiener Arbeiterzeitung nennt, ist am Dienstag gestorben. David stammt von einem mährischen Juden und hat sein Lebenlang unter drückendsten Sorgen verbringen müssen und doch — in seine Dichtung hat sich kein Echo seines drückenden Lebens geschlichen. Er litt Not und dichtete die schönsten Lieder. Davids Gedichte gehören, was Wohlklang und Gefühlstiefe anlangt, zur schönsten östreichischen Lyrik. Ihm sind Lieder, kurz, knapp, voll innerer Melodie, im schlichten Volkston prächtig gelungen. Seine Verse sind

Ich weiß, mein Lied wird nie gesungen
Von jungen Stimmen hell im Chor;
Doch jagt's, vom Dämmern lind bezwungen,
Vielleicht ein Träumer gern sich vor.
Ob vieles zur Vollendung fehle,
Er hört, in Lauten trüb und bang,
Das Atmen einer müden Seele,
Die hart um Licht und Leben rang.

Als Romancier stand J. J. David lange unter dem Einfluß Gottfried Kellers und mehr noch Konrad Ferdinand Meyers. Er schrieb gern ein altertümelndes, schweres, zierreiches Deutsch. Verschnörkelt in der Form, war er im Inhalt um so gradsinniger, moderner. Das schönste, das er hinterlassen hat, dürften seine Novellen sein. Durch die Tretmühle des Journalismus hat sich David, ein ganz unjournalistischer Geist, winden müssen, bis ihm das Ministerium Körber, dem leidenden, halb tauben und kurzsichtigen Dichter, in Form eines Redakteurgehaltes bei der Abendpost eine bescheidene Dichterpension aussetzte.

David war zu Weißkirchen in Mähren am 6. Februar 1859 als Sohn blutarmer Eltern geboren. Er besuchte, gegen harte Not ankämpfend, die Gymnasien zu Teschen, Troppau und Kremsier und bezog dann die Wiener Universität, an der er deutsche Philologie studierte. Erst lange nach Absolvierung der Studien errang er den Doktorgrad. Seine ersten Gedichte erschienen im Deutschen Dichterbuch aus Oestreich. Später veröffentlichte er kleinere und größere Erzählungen, zahlreiche Essays und Gedichte. Von seinen Werken seien genannt die Erzählungen: Die Wiedergeborenen, Das Höferecht, Das Blut, Frühschein, Vier Geschichten, Am Wege sterben und Toika, ferner die Sammlung Gedichte Probleme und die dramatischen Werke Hagars Sohn, Regentag, Neigung und Der getreue Eckard. David starb am Lungenkrebs.

Nachklänge von den Münchener Kaisertagen. Dem Rausch folgt die Ernüchterung, das ist einmal Naturgesetz. Warum sollte also auf die Trunkenheit der Münchener Byzantiner kein Kater folgen? Nun, auch bei den Kaisereinzügen werden Naturgesetze nicht umgestoßen. Die Münchener Festarrangeure haben also trotz der kleinen und mittelkleinen Piepmätze, die in ihren Knopflöchern hängen geblieben sind, nach dem Feste das graue Elend in den Knochen, Kreditüberschreitungen, Defizitgespenst, getäuschte Hoffnungen des schönsten Bürgermeisters wegen der Fleischnotbeendigung, erkältete Ehrenjungfrauen, ausgebliebene Hoflieferantentitel, an den Pranger gestellte Entgleisungen offizieller Speichellecker, notwendige Erhöhung der Gemeindeumlagen infolge städtischer Mißwirtschaft: das sind die Nachklänge der Münchener Kaisertage.

Eine ergötzliche Historie, die die Offiziösen ängstlich vertuschen möchten, erzählt unser Münchener Parteiblatt. Die ... veranlaßt, Wilhelm II. einen sogenannten Prunkpokal durch ein paar Dutzend befrackte Spießer zu überreichen, wohl um die prunkvolle Lage des Handwerkerstandes symbolisch darzutun. Seltsamerweise baumelten an diesem Prunkpokal auch zwei Medaillen, von deren Herkunft erst niemand was wußte. Als die Stifter dieser Medaillen stellten sich heraus der bekannte Fliegende Blätter-Zeichner und Mitglied der Münchener Secession Prof. Adolf Hengeler und ein bürgerlicher Schmock, Namens Roth. Wenn die Herren ihrem Privat-Byzantinismus durch besagte Medaillenbaumelei genügen wollten, so ginge das weiter niemanden was an. Aber sie besaßen die Unverfrorenheit, die Dinger ohne Ermächtigung dazu im Namen der Münchener Secession und im Namen des Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Vereins an den Becher zu hängen! Heikele Sache das und schlau eingefädelt! Die offiziellen Vertreter der Münchener „Rinnsteinkunst" werden über diese hinter ihrem Rücken in ihrem Namen dargebrachte Huldigung ihres „Förderers" Wilhelm II. nur die Faust im Sacke ballen können. Vielleicht hängen sie Hengeler dafür in die Luft? Na, und der Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein wird, trotz des Protestes einiger roter Mitglieder, den Roth für seine diensteifrige Zuvorkommenheit zum Ehrenmitglied ernennen.

Wie kommt man zum Nordpol? Die Tatsache, daß Commander Peary seinen mit so großen Mitteln unternommenen Versuch, den Nordpol zu erreichen, nicht hat durchführen können, hat Fridtjof Nansen veranlaßt, seine gewichtige Meinung über die Möglichkeit dieses Unternehmens und die besten Wege dazu zu äußern. Nach seiner Ueberzeugung würden zwei Expeditionen Aussicht auf Erfolg haben. Als eine erste Möglichkeit nennt er eine Schlitten-Expedition über das Polareis. Er hält es nicht für unmöglich, vom nördlichsten Landstreifen aus im Schlitten bis zum Nordpol vorzudringen und wieder zurückzukehren. Nansen verweist dabei selbst auf Peary als den Mann, der die Vorbedingungen zu solch kühnem Wagnis besitze. Den zweiten Weg, die noch unbekannten Gebiete zu erforschen, erblickt Nansen in dem Zug des Eises. Man könnte in derselben Weise ein Schiff in dem treibenden Eise einfrieren lassen, wie es seinerzeit mit dem Fram geschah. Insonderheit Pearys Beobachtungen über das Treiben des Eises gen Norden bringen die Vorteile dieser Methode nahe. „Ich halte es daher für das Zweckmäßigste, ein Schiff durch die Behringstraße zu senden und dieses soweit wie möglich nordwärts in der Richtung bis zu 160 bis 170 Grad westlicher Breite vordringen zu lassen. Das wäre nordwestlich der Küste von Alaska. Dort möge man es einfrieren lassen, und das Eis wird es mit sich fortnehmen. In diesem Falle können wir mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es mitten durch die Nordpolregion treiben wird, fernab vom nördlichsten Teil der Fram-Reise, und mitten durch die inter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0009

standes zuzugestehen, heißt die Anarchie proklamieren. Der Entwurf bezieht sich auf die Arbeiter, die unter der Gewerbeordnung stehen, und das ist nach Auffassung der Regierung bei den Eisenbahnarbeitern, auch bei den Eisenbahnwerkstattarbeitern, nicht der Fall. Bei der Ausnahmestellung der Gas- und Elektrizitätsarbeiter ist man von dem Grundsatz ausgegangen, daß es allgemeine Interessen gibt, die dem individuellen Recht vorgehen. Kein Staat, der sich nicht selbst aufgibt, kann von diesem Grundsatz abgehen.

Man hat die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter verlangt und sich auf den verstorbenen Minister v. Itzenplitz berufen. Aber damals lagen die Verhältnisse anders als heute, und die Landwirtschaft befand sich in anderen Verhältnissen. Wir werden uns mit dieser Frage noch zu beschäftigen haben. Eins steht fest, wichtiger als die Fleischtage ist für die Landwirtschaft die Arbeiterfrage. Ich bedauere es im nationalen Interesse auf das tiefste, daß wir den heimischen Boden nicht mehr mit bodenständigen Arbeitern bebauen, sondern mit Arbeitern, die wir über die Grenze holen. (Zurut b. d. Soz.) Kein Eigentum ist so wenig geschützt wie das des Landwirts, das unter Gottes freiem Himmel liegt, dem Wechsel der Witterung ausgesetzt. Wer sollte noch, wenn den Landarbeitern gestattet wäre, die Arbeit plötzlich niederzulegen, den Mut haben, Landwirtschaft zu treiben? Hier muß das Recht der Allgemeinheit dem Recht des Einzelnen vorgehen. (Beifall rechts.)

Sie haben auch hier wieder von der Verelendung der Landarbeiter gesprochen. Es gibt dem Landarbeiter aber besser wie dem städtischen Arbeiter. (Lachen b. d. Soz.) Daß er trotzdem in die Städte flieht, liegt an tiefen psychologischen Momenten, die auch in den höheren Ständen Platz greifen. Es lebt mancher in Berlin, der besser täte, in einer Kleinstadt seine Kräfte in den Dienst der Kommunalverwaltung zu stellen, anstatt Unter den Linden spazieren zu gehen. An die bürgerlichen Parteien möchte ich den Appell richten, den Gesetzentwurf anzunehmen. Er hat Feinde von rechts und links. Rechts gibt es Leute, die jede Fortbildung des Arbeiterrechts eine Preisgebung der Rechte des Staates betrachten, die sie mit ihren eigenen Rechten identifizieren. Links gibt es Leute, denen es nicht erwünscht ist, daß es lediglich Berufsvereine gibt, welche keine politischen Interessen vertreten. Mit der Annahme des Gesetzentwurfes erweisen Sie nicht nur dem deutschen Arbeiterstande sondern auch den staatserhaltenden Interessen einen Dienst. Lassen Sie den Gesetzentwurf nicht im Hafen scheitern. (Beifall rechts.)

Abg. **Bockelmann** (Rpt.): Es ist zu begrüßen, daß den Berufsvereinen eine feste Form gegeben werden soll, doch darf die Rechtsfähigkeit nicht zum Schaden des deutschen Volkes ausgebeutet werden.

Abg. **Mugdan** (Freis. Vpt.): In seiner gegenwärtigen Form bedeutet der Entwurf einen Rückschritt, dieser Ueberzeugung sind auch die Gewerbevereine, welche die größten Feinde der Sozialdemokratie sind. Wenn man ein Unrecht beseitigen will, darf man den Hauptzweck nicht durch allerhand Fußangeln erschweren. Der Staatssekretär sagt zwar, der Gesetzentwurf soll nicht zur Schikanierung der Berufsvereine benutzt werden. Aber diese Aeußerung besitzt nicht Gesetzeswert. (Sehr wahr! b. d. Freis.) In dieser Form ist der Entwurf unannehmbar; er bietet den Arbeitern Steine statt Brot. Meines Erachtens haben die Berufsvereine die Pflicht, zu allgemeinen Fragen, wie bei denen des Zolltarifs, Stellung zu nehmen. (Sehr wahr! links.) Man darf sie unmöglich auf die engsten Berufsinteressen beschränken. Unannehmbar sind auch die Bestimmungen für die Eisenbahnarbeiter. Der Streik ist auch für sie ein legales Mittel.

Die Leutenot auf dem Lande leugne ich gewiß nicht, aber gerade deswegen müßten Sie doch die Verhältnisse der Landarbeiter annehmbar gestalten. Daß auch auf dem Lande die Sozialdemokratie immer mehr Boden gewinnt, liegt an der verkehrten Politik der Regierung und der ihr nahestehenden Parteien. Ich bin gewiß ein Gegner der Sozialdemokratie, aber ich halte es für falsch, ihnen Rechte zu nehmen, die andere Deutsche haben. Um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, muß man den arbeitenden Klassen zeigen, daß ihre Interessen mit denen anderer Klassen gleiche sind. (Heiterkeit b. d. Soz.) Dieser Entwurf aber gibt der Sozialdemokratie Gelegenheit zu gerechten Klagen. (Lebh. Beifall b. d. Freis.)

Abg. **Schack** (Wirtsch. Vgg.): Ich hoffe, daß es der Kommission in ernster Arbeit gelingen wird, die Bedenken gegen dies Gesetz zu beseitigen. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.)

Schluß 3¼ Uhr.

Versammlungsberichte.

Buchdrucker. Die am 17. November stattgefundene Versammlung brachte insofern eine Ueberraschung, indem Kollege Hallupp sein Amt als Gauvorsteher niederlegte, da er am 1. Dezember von Halle scheiden müsse, infolge Annahme einer andern Stellung. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Hallupp namens der Versammlung für seine jahrelange Mühewaltung um das Verbandsinteresse. — Die Abrechnung für das 3. Quartal liegt gedruckt vor. Ein Antrag auf Einführung einer Quittungskarte für geleistete Beiträge wurde abgelehnt. Es wurde sodann Kritik geübt, daß von seiten des Generalanzeigers, anläßlich der Einstellungen zum Adreßbuch, die Arbeitskräfte nicht vom Arbeitsnachweis vermittelt worden sind. — Eine längere Debatte zeitigten die verschiedenen Mißstände in der Halleschen Allgemeinen Zeitung, so z. B. ist die Arbeitszeit in einigen Wochen fünf- bis sechsmal geändert worden. Die Kollegen sind nicht mehr länger gewillt, sich als Versuchskaninchel gebrauchen zu lassen. Es soll in allernächster Zeit eine Druckerei-Versammlung stattfinden, welche sich damit beschäftigen wird. — Zum Schluß fand die Schreibweise des Volksblattes Erwähnung, von einem längeren Eingehen darauf wurde jedoch Abstand genommen und ein Beschluß gefaßt, diese Materie neben der Wahl eines Gauvorstehers und Tarifliches auf die Tagesordnung der am Sonnabend, den 24. November, stattfindenden außerordentlichen Versammlung zu setzen, wozu die beiden Verbandskollegen, welche in der Redaktion sitzen, eingeladen werden sollen. (23. 11.) G.

Die Bauhilfsarbeiter von Halle hielten am 20. November ihre regelmäßige Versammlung ab. Neu aufgenommen wurden vier Kollegen. Eine Unterstützung von 30 Mk. erhielt der Kollege Wolf. Ausgeschlossen wurde der Kollege Ernst Naumann, da er unberechtigterweise auf sein Verbandsbuch mit selbstangefertigter Liste Gelder für die Verunglückten am Volkspark gesammelt hatte. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Kritisiert wurde noch, daß beim Maurermeister Grothe die Kollegen für 41 und 42 Pf. Kalk und Steine tragen. In diesem Jahre wird nur noch eine Versammlung stattfinden. Die in der vorigen Versammlung ausgesprochene Rüge an den Vorstand, wegen der eigenmächtigen Bewilligung der 50 Mk. für die Verunglückten, trifft nur vier Kollegen. (23. 11.) K. T.

Fabrikarbeiter, Halle. Bei Streicher tagte am Bußtag eine gemeinsame Mitglieder-Versammlung für die Zahlstellen Halle, Ammendorf, Bruckdorf und Nietleben, und zwar um die Verschmelzung in friedlicher Weise nach dem Verbandstagsbeschluß zu regeln. Erschienen waren hierzu der zweite Vorsitzende, Kollege Sack, vom Hauptvorstand und der Gauleiter, Kollege Großmann von Magdeburg. In längeren Ausführungen, nachdem beide alle Gründe angeführt hatten, daß es unumganglich notwendig sei, die Verschmelzung vorzunehmen, empfahlen sie, den Verhältnissen Rechnung tragend, die Verschmelzung. Nach längerer Debatte und nach Erklärung verschiedener Kollegen der dabei in Frage kommenden Zahlstellen, wurde über drei gestellte Anträge abgestimmt und beschlossen, daß erstens die Zahlstellen Halle, Ammendorf, Bruckdorf und Nietleben sich am 1. Januar 1907 verschmelzen. Zweitens: Daß die neugebildete Zahlstelle beschließt, einen Geschäftsführer anzustellen. Drittens: Daß eine siebengliedrige Kommission in Vorschlag gebracht wird. Zu letzterer wurden für Halle drei, für Bruckdorf und Nietleben je zwei Kollegen bestimmt. Die Kollegen der Zahlstelle Ammendorf, die dem ersten Punkt nicht zustimmten, da sie erst eine Mitgliederversammlung anberaumen und Bericht erstatten wollen, haben ev. später zwei Kollegen zur Kommission zu bestimmen. Die Kommission soll sämtliche Vorarbeiten erledigen. (22. 11.) W. K.

Maurer, Halle. In der Mitgliederversammlung vom 20. Nov. wurde das Andenken des verstorbenen Koll. Aug. Schenck in der üblichen Weise geehrt. Sodann sprach Kollege Silberschmidt-Berlin über das Thema: Der Parteitag und seine Bedeutung für die gewerkschaftliche Bewegung. (Siehe Volksblatt, Nr. 273.) In der Diskussion bemängelte Kollege Lindenbahn die Stellungnahme Legiens und Bringmanns zum 1. Mai. Der Vorsitzende stellte die Ausführungen Lindenbahns richtig und empfahl den Anwesenden, sich umgehend der politischen Partei anzuschließen. Im Verschiedenen wurde beschlossen, einen Unterhaltungsabend in der Moritzburg am ersten Weihnachtsfeiertag abzuhalten. Hierauf folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung. D.

Sozialdemokratischer Verein Zeitz. Am 19. November referierte in der Mitgliederversammlung Genosse Fröhlich-Halle über Thomas Münzer und die Zeit der Reformation. Redner schilderte die Zustände jener Zeit, die bedeutungsvolle Umwälzung durch die Reformation, um danach das Leben und Wirken Münzers und Luthers gegenüberzustellen und zu zeigen, wie Luther als Fürstendiener und im Interesse der Fürsten arbeitete während Münzer zum armen Volke hielt und dafür auch den Tod erlitt. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Unter Geschäftlichem gab Genosse Leopold eine kurze Uebersicht über die Differenzen in Halle, die nun beigelegt sind. Eine lebhafte Debatte entspann sich dann zur Lokalfrage, doch wurde beschlossen, dieselbe in der nächsten Versammlung ausführlich zu behandeln. Ebento soll in der nächsten Versammlung Diskussion über den Massenstreik stattfinden. Die Versammlung, in der noch andere Gegenstände zur lebhaften Aussprache führten, wurde erst kurz um 1 Uhr geschlossen.

Maurer, Zeitz. Am 17. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die aufgenommene Lohnstatistik wurde bekannt gegeben. Der Durchschnittslohn beträgt 41 Pf. pro Stunde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Hildebrandt, Herrmann und Wetzel; als Kartelldelegierte die Kollegen Lanzendorf, Hildebrandt, Seifert, Herrmann Kühn und Schleizer; in die Bauarbeiterschutzkommission der Kollege Panzer. Den Kartellbericht gab Seifert. Er ernannte die Kollegen, sich an der am 6. Dezember d. Jahres stattfindenden Gewerbegerichts-Wahl zu beteiligen, soweit die Aufnahme in die Wählerliste geschehen ist. Einstimmig wurden 25 Mk. zur Unterstützung der verunglückten Kollegen am Volkspark bau in Halle bewilligt. Außerdem sollen Sammlungen auch den Bauten vorgenommen werden. Unter Verschiedenem wurde der letzte Versammlungsbeschluß, die einstündige Mittagspause auch im Winter streng durchzuführen, in Erinnerung gebracht, ferner wurde beschlossen, sämtliche Mitgliedsbücher am Schlusse des Beitragsjahres einzuziehen und dem Kassierer zur Kontrolle vorzulegen. Weiter kam eine Angelegenheit des Maurers Frohl zur Sprache. Es wurde beschlossen, diese Sache in der nächsten Versammlung zu erledigen und diesen Menschen näher zu beleuchten. (19. 11.) H.

Ortskrankenkasse der Tischler ꝛc., Zeitz. Die Generalversammlung am 20. November war von 126 Vertretern besucht. In den Vorstand wurde von den Arbeitgebern Genosse Wolf sowie Tischlermeister Ertel gewählt, von den Arbeitnehmern die Genossen Scholz, Peine, Otto Schneider und Oswin Bernstein. Das „Eingesandt" im Volksblatt hatte seine Schuldigkeit getan, die zuerst Aufgestellten fielen aus. Einige Vertreter konnten ihren Ingrimm nicht verbeißen und bezeichneten einige Namensnennungen mit dem Ausruf: Das ist auch wohl einer von den Volksblatteinsendern. Zu Jahresrevisoren wurden die Genossen Wolf, Reimschüssel und Feustel gewählt. Dem Kassenboten wurde die Entschädigung erhöht, ihm auch noch auf das laufende Jahr eine solche zugesprochen. — Zu dem Verband der Krankenkassen wird beschlossen, jährlich pro Mitglied 10 Pfg. abzuführen. Der Vorstand wird beauftragt, Preisermäßigungen für Schwimmbäder im Nätherschen Volksbad nachzusuchen.

Die Generalversammlung der Krankenkasse der Bäcker, Bötticher und verwandter Berufe in Zeitz fand am 20. Nov. statt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, an Stelle eines Ablehnenden wurde der Lackierer Vorndorf gewählt. Als Jahresrevisoren wurden Ziebold, Gerhardt und Mälzer gewählt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, betreffend die Zahlung eines Beitrages von 15 Pfg. pro Mitglied für das Jahr 1906. Weiter einen solchen von 20 Pfg. für das Jahr 1907. Davon sollen je 5 Pfennig als Beitrag für den am Orte bestehenden Kassenverband verwandt werden. Der übrige Teil aber als Grundstock für die Vorarbeiten für ein zu errichtendes gemeinsames Genesungsheim aller Zeitzer Kassen. Ueber dieses Projekt selbst und die dazu gelesteten Vorarbeiten entspann sich eine lebhafte Diskussion. Angeregt wurde hierbei, an Arbeitgeber und sonstige „wohltätige" Menschen heranzugehen, zwecks Leistung eines freiwilligen Beitrages. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Vorstandes auf Bewilligung von 100 Mk. für Aushilfsarbeiten. Ein weiterer, nicht ordnungsgemäß gestellter Antrag, von Nicht-Kassenärzten verschriebene Lichtbäder betreffend, wurde zwar verhandelt, aber nicht zur Beschlußfassung zugelassen. Hierauf erfolgte die Erledigung kleinerer Kassenangelegenheiten.

Bitterfeld. Am 14. November hielt der Sozialdemokratische Verein seine Monatsversammlung ab. Genosse **Zieger** legte sein Amt als Vorsitzender nieder. Die Versammlung erteilte ihm ein Vertrauensvotum. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Genosse Blum, als zweiter Vorsitzender Genosse Zieger. Der Vorsitzende brachte die Kalenderverbreitung zur Sprache und wünschte eine rege Beteiligung. Hierauf wurden noch interne Sachen erledigt. (16. 11.) G. B.

Eine öffentliche Versammlung fand am 18. Nov. in Alsleben statt. Genosse Gröber-Halle sprach über die Gewerkschaftsbewegung in der Neuzeit. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats. — Leider war die Versammlung nicht besonders besucht. Die Arbeiter mögen doch endlich einmal daran denken, daß sie auch noch Rechte haben. Die nächste Versammlung findet am 2. Dez. statt, hoffentlich ist da der Besuch ein besserer. (20. 11.) F. B.

Zwei Protestversammlungen gegen den Fleischwucher fanden am 18. Nov. in Annaburg und Schweinitz (Elster) statt. In Annaburg referierte Genosse R. Schmidt-Halle, in Schweinitz Genosse Tabert. Beide erledigten ihre Aufgabe in vorzüglicher Weise. Die bekannte Resolution wurde angenommen. — Leider muß gesagt werden, daß die Versammlung in Annaburg nicht so besucht war, wie es nötig gewesen wäre. Hoffentlich werden die Annaburger Arbeiter sich noch einmal auf ihre Pflichten besinnen. In Schweinitz war der Besuch zufriedenstellend.

Kleinwittenberg-Piesteritz. Am 12. d. Mts. hielt der Sozialdemokratische Verein seine Monatsversammlung ab. Da der bisherige Kassierer sein Amt niedergelegt hat, wird der Genosse Krüger einstimmig gewählt. Darauf gab der Gen. Schröder einen ausführlichen Bericht vom Bezirkstag. Genosse Bode berichtet über die Verhandlungen, welche die Parteileitung abgehalten hat. Da der frühere Expedient Slang der Volksblatt-Expedition noch 20.14 Mk. schuldet, wird der Schriftführer beauftragt, den jetzt auswärts arbeitenden Genossen an seine Verpflichtungen zu erinnern. Da uns der Wirt Schreck (Kronprinz) sein Lokal nicht mehr zu Versammlungen zur Verfügung stellt, wird beschlossen, das Lokal zu meiden. Genosse Schaper verweist auf den Artikel im Volksblatt betr. das Versicherungsblatt Nach Feierabend und ersucht die Genossen, die dieses Blatt abonniert, dasselbe aus dem Hause zu schaffen. Weiter beantragt Schaper, in den nächsten Versammlungen Vorträge abzuhalten. (16. 11.) H. N.

Ortskrankenkasse Zeitz. Die Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse fand am 20. Nov. statt. Infolge Ausscheidens mehrerer Vorstandsmitglieder (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer) mußten Ersatzwahlen stattfinden. Gewählt wurden Architekt Ritter (Arbeitgeber), Kühn und Hildebrandt (Arbeitnehmer). Zu Revisoren der Jahresrechnung wurden gewählt: Pink, Lanzendorf und Häbrich. Als Entschädigung wurden je 5 Mk. festgesetzt. Hierauf gelangte ein Vorstandsantrag:

5 Pfg. pro Mitglied = 119.65 Mk. Beitrag an den hiesigen Krankenkassen-Verband zur Deckung der laufenden Ausgaben, und 10 Pfg. pro Mitglied = 239.30 Mk. zur Abführung an den Verband zwecks Anlegung eines Fonds zur Erbauung einer Walderholungsstätte zu bewilligen,

einstimmig zur Annahme. Für Mittagbrot an kranke Mitglieder in der Scheidemühle und Breitenbach sind im Sommer 64.80 Mk. verausgabt. Die Ausgabe wird genehmigt. Hierauf wurden verschiedene Anfragen beantwortet und ein kurzer Ueberblick über den Stand der Kasse gegeben. Die Kasse zählt zirka 2500 Mitglieder.

Gewerkschaftskartell Bockwitz. In der Sitzung am 21. Nov. waren alle Vertreter der Gewerkschaften anwesend. Der in letzter Sitzung zurückgestellte Antrag, die Branchenversammlungen zugunsten öffentlicher Gewerkschaftsversammlungen wegfallen zu lassen, wurde nochmals lebhaft debattiert. Der Antrag wurde schließlich mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Den einzelnen Gewerkschaften ist es jedoch unbenommen, in Zeiten der Lohnbewegungen selbständig öffentliche Versammlungen einzuberufen. Weiter sollen wieder Verhandlungen mit den Wirten eingeleitet werden zwecks Hergabe der Säle. Auch eine Bibliothek soll eingerichtet werden und soll hierbei die Bibliothek einer Gewerkschaft am Orte mit übernommen werden. Hierauf wurde noch die provisorische Tagesordnung für die nächste Sitzung festgesetzt. (24. 11.) E. S.

Eingesandt.

Auf das Eingesandt des Herrn Deege in Nr. 272 erwidere ich, daß meine Leute die Putzarbeiten in meinem Neubau im Tagelohn bei einem vereinbarten Stundenlohn von 0.60 M., Maurer wie Arbeiter, gefertigt haben. Die Arbeiten im Akkord zu fertigen, habe ich nicht nur Köpfchen sondern mehreren angeboten; es hat sich aber nicht einer gefunden, mit mir abzuschließen. Eine Gratifikation kann ich doch wohl je nach Fleiß und Leistung zahlen — wem und wie ich will.

Hermann Hartmann, Zimmermeister.

Soziales.

Eine Erhöhung der Verkaufspreise für Backwaren beschloß infolge der allgemeinen Preissteigerung für alle Rohmaterialien und der andern Lebensmittel eine äußerst stark besuchte Versammlung der Kölner Bäckermeister. Der Konsument muß wieder zahlen.

Lokalliste von Langerhausen.

Das Volksblatt liegt hier in folgenden Wirtschaften aus:
Mann (Vorwerk),
Schulze (Restaurant Wackermann),
Knoche (Harz),
Prinz von Preußen (Gewerkschaftshaus),
Stein (Töpfersberg),
Werner (Töpfersberg),
Gentsch (Hospitalstraße),
Ermisch (Alter Markt),
Dröbel (Wasserthor),
Zimmermann (Blauer Engel),
Bierhalle,
Lechner (Goldener Hirsch).

Wir ersuchen die Genossen dies zu beachten und nur dort zu verkehren, wo das Volksblatt ausliegt.

Die Zeitungskommission.

Verantwortlicher Redakteur: J. V.: A. Molkenbuhr in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Kreuzstern
MAGGIs 10 Pfg. Fläschchen
bietet auch der bescheidensten Börse Gelegenheit, einen Versuch mit MAGGI's altbewährter Würze zu machen. Man verlange ausdrücklich nur MAGGI's Würze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219061127-14/fragment/page=0010